

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

27 (2.2.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 6.-A. einseht 50 A. Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Klagen 4.80 A.; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatlich Einzelkempf 25 A. Ausgabe: Verlags- mittags Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24 Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 125; Redaktion Nr. 491 Anzeigen: Die halbtägige Kolonieteilung 1.-A. Die Restamegele 3.80 A.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif — Annahmefrist 49 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Regierungserklärung vor dem Reichstag

Ein Protest gegen die Forderungen der Entente

Im Reichstag war gestern ein großer Tag. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. v. Simons hat in einer Erklärung den Standpunkt der deutschen Regierung dargelegt, die in ihrer nüchternen Sachlichkeit einen Eindruck auch im Ausland nicht verfehlen wird. Die Forderungen der Entente sind ja derart verdrückt, daß man sich veranlaßt fühlen konnte, die Pariser Beschlüsse mit Ironie oder auch mit einer Art Galgenhumor zu behandeln. Aber es hilft nichts, die ernste Lage, wo wir stehen, hinwegzuleugnen zu wollen, eine Lage, die vielleicht so ernst ist, wie die Entscheidung, die wir über Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrags zu fällen hätten. Es handelt sich um eine zukunftsichere Frage, um die wirtschaftliche Verfassung Deutschlands.

Nach einem Beschluß des Reichstages werden die einzelnen Parteien erst heute zu Worte kommen und wir glauben nicht schlaggeben mit der Annahme, daß ein gattes „Nein“ bereits auf aller Zungen liegt. Gewiß! Krieg können wir nicht führen. Der Gedanke daran ist schon eine Rücksichtslosigkeit. Aber es ist doch sehr zu überlegen, ob man der Entente nicht einmal Gelegenheit geben sollte, ihre Repräsentanten anzubringen. Sie mag uns mit den Strafmaßnahmen kommen, die sie uns jetzt androht, und die sie im Augenblick nur deshalb verschweigt, weil diese Maßnahmen nach Briand's Wort lediglich Anzeichen der alliierten Regierungen sind. Die Entente würde sich bald überzeugen, daß diese Summen nicht aus Deutschland herauszuholen sind, die die Ententeregierung ihren Völkern vormalen.

„Keine Sieger, keine Besiegte“, lautet Wilson's friedenspolitisches Programm. „Keine Sklavensklaven und keine Sklaven“, lautet aber das Programm der Arbeiterklasse der ganzen Welt und daß die Arbeiter eine Verfassung unteres Volkes schließlich doch parieren werden, soll unsere Hoffnung sein.

Dennoch sind nach dem Waffenstillstand nur 30 Jahre zur Tilgung vorgezogen. Von allem dem ist keine Rede mehr. Es muß noch festgestellt werden, wie hoch der angerichtete Schaden eigentlich ist. Was Deutschland bisher aufgewendet hat, ist verschleudert worden, ohne daß nur eine Mauer aufgebaut worden wäre. Die Schäden der französischen Sachverständigen sind Herrn Briand zu niedrig erschienen. Sie sind erhöht worden. Aber deutsche Sachverständige hinzuziehen, ist niemandem eingefallen. Die Summe, die jetzt angegeben wird, scheint also mehr oder weniger willkürlich zu sein. Clemenceau hat ja selbst erklärt, daß ein Eingriff in unsere Freiheit nicht beabsichtigt sei. Von einer Kontrollen war nie zuvor die Rede.

Die Regierung ist sich klar darüber, daß der Weg, der vorgeschlagen wird, unpraktisch und somit ungangbar ist, und auf eine wirtschaftliche Verfallung hinausläuft. Daran ändern die uns in Aussicht gestellten Abschätzungen von 8 und 6 Prozent nichts. Die Entente glaubt gewiß, wir könnten am Auslande eine Anleihe aufnehmen. Das ist einfach unmöglich, zumal die Bestimmungen der Reparationskommission hier schon eine Paralyse gezogen haben. Es würde also nicht einmal das Land in Frage kommen, das die Alliierten während des Krieges finanziert hat. Die Forderung ist eine Entwertung der deutschen Industrie. Das das Ausland sie trägt, ist nicht möglich. Es muß der Arbeiter helfen. Gefangenarbeit ist stets eine unliebsame Konkurrenz der freien Arbeit gewesen. Wir werden 42 Jahre lang Gefangenarbeit leisten müssen.

Der Minister kommt dann auf die Strafbestimmungen zu sprechen, die er noch nicht amtlich erhalten hat und die er aus einem Interview entnommen hat. (Zwischenrufe der äußersten Linken.) Der Minister bittet, seine rein objektiven Äußerungen nicht durch Zwischenrufe zu stören.) Zu den Strafbestimmungen gehört die etwaige Errichtung eines rheinischen Zollgebietes, sowie die Abnahme in den Völkern. Das letztere interessiert uns weniger, solange wir noch nicht den Antrag auf Aufnahme in den Völkerverbund gestellt haben; jedenfalls hat der Völkerverbund, so wie er jetzt ist, nicht viel Wertes für uns. Die Regierung kann in den Arrangements nicht die nötige Grundlage für weitere Verhandlungen sehen. Es ist aber ihre Pflicht, alle Mittel anzuwenden, um zu entsprechenden Gegenmaßnahmen zu kommen. (Beifall.)

Sitzungsbericht

Berlin, 1. Febr. Haus und Tribünen sind überfüllt. Auch vor dem Reichstagsgebäude drängt sich eine große Menschenmenge. Auf der Tagesordnung steht

Entgegennahme einer Regierungserklärung

Im Ministerium sämtliche Kabinettsmitglieder und eine Reihe von Regierungsdirektoren und von Vertretern der Länder. Die Diplomatenlogie ist ebenfalls stark besetzt; der österreichische Vertreter, der Vertreter der Tschechoslowaken und der Schweiz sind anwesend, desgleichen der erste Vizepräsident der französischen Delegation.

Präsident Brüderlind eröffnet die Sitzung kurz nach 14 Uhr und teilt das Wort dem

Reichsminister Dr. Simons:

Selten hat eine politische Handlung solche Bewirung in den Köpfen angeregt wie die Pariser Verhandlungen. Eben ist der Seydourische Plan erörtert worden und nun kommt die neue Note. Der Minister schildert den Verlauf der Verhandlungen und bespricht den Inhalt der Note. Anknüpfend an Spa ist diese Note zustande gekommen. Von der Beratung von Boulogne ist uns nie etwas bekannt geworden. Diese Beratung ist in Spa nicht erwähnt worden. Gewiß kam nicht zuhande und die Verhandlungen verzögerten sich immer mehr und mehr, so daß er eine reichere Regelung angeregt habe. So seien die Pariser Verhandlungen zustande gekommen, diese dann aber auch ohne endgültiges Ergebnis verhandelt worden.

In Paris wurde das Bild anders. Der Seydourische Vorschlag trat ganz zurück. Die Vorwürfe, daß die deutsche Regierung nicht selbst mit positiven Vorschlägen hervorgetreten ist, trafen nicht zu. Wir haben solche gemacht, sie sind aber nicht beachtet worden. Auch in Spa haben wir Vorschläge gemacht, die allerdings noch nicht eingehend sein konnten, aber doch einen Finanzplan enthielten. Sie sind unter den Tisch gefallen. Pläne alternativer Natur zu machen, solange Oberbriand eine ungeklärte Frage bildet, halte ich für unmöglich. Dazu kommen unsere ungeklärten wirtschaftlichen Verhältnisse und die Salutarfrage. Wir haben auch gegenüber dem Seydourischen Plan keine Bedingungen gestellt. Wir haben nur erklärt, daß wir keine Bedingungen angeben können. Dem französischen Vorschlag selbst habe ich dann erklärt, daß Gelegenheit gegeben wird, in Briefen dazu Stellung zu nehmen. Der Wortlaut der Note bezieht sich mit dem uns übermittelten Wortlaut. In der Entschuldigungsnote werden Heeresklauseln, Marineklauseln und Luftschiffklauseln angegeben. Es handelt sich hier um Entschuldigungen. Geht es um die Frage, so sind zwar die Äußerungen zur Durchführung der Beratungen mit den Messoren und den einzelnen Ländern gegeben. Ich habe aber jedes Wort der Anerkennung für das vermisst, was wir in der Entwaffnungsfrage schon erreicht haben. Vielmehr klingt jetzt das Mißtrauen gegen uns heraus. Der Minister gibt dann einen Überblick über den Inhalt der Reparationsnote und fährt fort:

Wo bleibt die Anrechnung dessen, was wir schon geleistet haben? Auch ist nicht gesagt, ob wir bei Ausgabe der Bonds die beim Waffenstillstand hinterlegten Sachverhalte zurückhalten. Das neue Programm enthält also Unklarheiten und Widersprüche. Variablen Summen dürfen uns nicht auferlegt werden. Deswegen sind nach dem Waffenstillstand nur 30 Jahre zur Tilgung vorgezogen. Von allem dem ist keine Rede mehr. Es muß noch festgestellt werden, wie hoch der angerichtete Schaden eigentlich ist. Was Deutschland bisher aufgewendet hat, ist verschleudert worden, ohne daß nur eine Mauer aufgebaut worden wäre. Die Schäden der französischen Sachverständigen sind Herrn Briand zu niedrig erschienen. Sie sind erhöht worden. Aber deutsche Sachverständige hinzuziehen, ist niemandem eingefallen. Die Summe, die jetzt angegeben wird, scheint also mehr oder weniger willkürlich zu sein. Clemenceau hat ja selbst erklärt, daß ein Eingriff in unsere Freiheit nicht beabsichtigt sei. Von einer Kontrollen war nie zuvor die Rede.

Die Regierung ist sich klar darüber, daß der Weg, der vorgeschlagen wird, unpraktisch und somit ungangbar ist, und auf eine wirtschaftliche Verfallung hinausläuft. Daran ändern die uns in Aussicht gestellten Abschätzungen von 8 und 6 Prozent nichts. Die Entente glaubt gewiß, wir könnten am Auslande eine Anleihe aufnehmen. Das ist einfach unmöglich, zumal die Bestimmungen der Reparationskommission hier schon eine Paralyse gezogen haben. Es würde also nicht einmal das Land in Frage kommen, das die Alliierten während des Krieges finanziert hat. Die Forderung ist eine Entwertung der deutschen Industrie. Das das Ausland sie trägt, ist nicht möglich. Es muß der Arbeiter helfen. Gefangenarbeit ist stets eine unliebsame Konkurrenz der freien Arbeit gewesen. Wir werden 42 Jahre lang Gefangenarbeit leisten müssen.

Der Minister kommt dann auf die Strafbestimmungen zu sprechen, die er noch nicht amtlich erhalten hat und die er aus einem Interview entnommen hat. (Zwischenrufe der äußersten Linken.) Der Minister bittet, seine rein objektiven Äußerungen nicht durch Zwischenrufe zu stören.) Zu den Strafbestimmungen gehört die etwaige Errichtung eines rheinischen Zollgebietes, sowie die Abnahme in den Völkern. Das letztere interessiert uns weniger, solange wir noch nicht den Antrag auf Aufnahme in den Völkerverbund gestellt haben; jedenfalls hat der Völkerverbund, so wie er jetzt ist, nicht viel Wertes für uns. Die Regierung kann in den Arrangements nicht die nötige Grundlage für weitere Verhandlungen sehen. Es ist aber ihre Pflicht, alle Mittel anzuwenden, um zu entsprechenden Gegenmaßnahmen zu kommen. (Beifall.)

Präsident Brüderlind beantragt, die Sitzung zu verlegen und die Besprechung erst morgen vorzunehmen, nachdem die Fraktionen hierzu Stellung genommen haben.

Abg. Hoffmann (Komm.) will zur Geschäftsordnung sprechen, gibt aber trotz mehrfachen Unterbrechungen des Präsidenten eine Erklärung ab, in der er die Forderungen der Entente als eine Folge des deutschen Imperialismus bezeichnet. Der Reichstag hat bereits gestern durch seinen Abbruch der Verhandlungen die völlige Bankrotterklärung der bisherigen auswärtigen Politik unterschrieben. Wenn er heute wieder ohne Debatte auseinandertrete, erkläre er sie abermals für bankrott. (Wieder wird fortwährend von Entrüstungs- und Schlußrufen unterbrochen.)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Die großen Parteien haben den Wunsch ausgesprochen, erst zu der Rede des Ministers Stellung zu nehmen. Wir sind daher für den Antrag des Präsidenten. Auf die Worte des Vordrängers einzugehen, haben die Parteien keinen Anlaß, bis auf dem Boden der Verfassung stehen.

Abg. Schiller (Dem.) protestiert gegen den Ton der Ausführungen des Abg. Hoffmann und betont die Notwendigkeit, angesichts der Bedeutung der Debatte jedes Wort auf die Waagschale zu legen.

Abg. Ledebour (U.S.): Trotz anfänglicher Bedenken, haben wir davon Abstand genommen, diese Angelegenheit durch eine Geschäftsordnungsdebatte herabzudrücken.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird der Antrag des Präsidenten angenommen.

Morgen mittags 1 Uhr: Besprechung der Regierungserklärung, Erörterung der zweiten und dritten Lesung des Glats, dann die bisher beschlossenen Abstimmungen.

Bestimmungen zur Regierungserklärung

Die gestrigen Ausführungen des Reichsministers des Auswärtigen Dr. von Simons im Reichstage über die neuen Ententevorschlüsse in der Reparationsfrage finden die Zustimmung der gesamten Presse. Die Blätter haben besonders die nüchterne Sachlichkeit der Rede hervor, die mehr überzeugte als große Worte.

Das „Berl. Tageblatt“ sagt: Herr Dr. Simons hat sehr ungeschicklich gesprochen, aber wir wissen dieses Mal — und die Welt sollte sich dies klar machen —, daß sein Reich bestehen bleiben wird. Dr. Simons hat Gegenmaßnahmen angekündigt, die in London vorgeschlagen werden sollen, falls es zu Londoner Besprechungen kommt. Die alliierten Staaten werden denn diese Gegenmaßnahmen vielleicht mit hochklingender Gehe zurückweisen, aber daß sie mit ihren Beschlüssen in Deutschland kein Glück haben werden, sehen sie hoffentlich schon ein. Zur Neuerung Dr. Simons, daß die Aufhebung der 28 Milliarden, zahlbar in Raten bis zu 6 Milliarden, und zwar 42 Jahre hindurch die wirtschaftliche Verfallung des deutschen Volkes bedeute, erklärt das Blatt, Herr Lord George habe vor einigen Tagen in Paris 42 Millionen unter dem Triumphbogen bekränkten französischen unbekanntem Soldaten einen Kranz gepflanzt, dessen Aufschrift wieder einmal lautet: 42 Jahre Verfallensdienst für ein ganzes Volk für die heute Lebenden — die Alten und Jungen, die Großen und Kleinen und die noch nicht Geborenen. Eine solche Zivilisation!

Der „Vorwärts“ schreibt: Das deutsche Volk und die anderen Völker der Welt haben eine andere Erklärung von Reichsminister Dr. Simons nicht erwarten können. Ueber die vollkommene Unmöglichkeit seiner Pariser Vorschläge gibt es in

Deutschland ohne Unterschied der Partei nur eine Stimme. Wie sehr auch sonst über die beste Methode, der Ententepolitik zu begegnen, die Meinungen verschieden sind, kaum jemals noch ist in der Presse eines Landes, in dem völlige Freiheit des Wortes herrscht, eine so weitgehende Übereinstimmung gewesen.

Auch die „Freiheit“ stimmt der sachlichen Kritik des Reichsministers über die unerträgliche Schwere der Bestimmungen zu. In der Tatsache, daß Deutschland Gegenmaßnahmen machen wird, sieht das Blatt die Möglichkeit für die weiteren Verhandlungen mit der Entente. Wie das Blatt mitteilt, wird in der heutigen Reichstagsführung die Koalition durch einen Redner eine gemeinsame Erklärung abgeben, deren Wortlaut vorher zwischen den Parteien vereinbart worden ist. Die übrigen Parteien werden gesondert eine Erklärung abgeben. Alle Parteien werden in diesen Erklärungen ihre Zustimmung zu der Stellungnahme der Reichsregierung gegenüber den Beschlüssen der Pariser Konferenz kundgeben und sich hinter ihre Regierung stellen. Nur die Kommunisten werden sich an der Einheitsfront des Reichstags nicht beteiligen.

Kein Kabinettswechsel

Berlin, 1. Febr. Der Reichsminister des Innern Dr. Simons hat in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts seine Entlassung an. In den Zuminaten 1919 hatte er sich gegen eine Unterzeichnung des Versailler Vertrages ausgesprochen und übernahm das Auswärtige Amt mit dem Programm, den Friedensvertrag bis zur Grenze der Möglichkeit durchzuführen. Sein Rücktritt wäre ein deutliches Zeichen gewesen, daß durch die Pariser Beschlüsse eine lokale Durchführung dieses Vertrages nicht möglich gewesen wäre. Die Vorstellung der übrigen Kabinettsmitglieder, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick eine Krise im auswärtigen Amt die Regierung in eine noch schwierigeren Lage bringen würde, veranlaßt Dr. Simons, sein Rücktrittsgesuch zurückzuziehen.

Am Berlin, 1. Febr. Das Reichskabinetts hat gestern abend in später Stunde seine Beratungen über die Note der Alliierten sowie über die durch sie geschaffene Lage und ihre Auswirkung für die innere und äußere Politik abgeschlossen. Man kann dabei feststellen, 1. daß das Kabinetts zunächst seine Politik weiter tragen wird und 2. daß Reichsminister Dr. Simons im Amt bleibt. Die Auffassung des Kabinetts geht wie in unerrichteten politischen Kreisen verlautet, dahin, daß durch einen Wechsel in der Regierung zunächst an der Sachlage nichts geändert werden könnte, sodas also Dr. Simons im Namen der Regierung deren Absichten dem Reichstag mitteilt.

Der „Vorwärts“ schreibt: Es hat keinen rechten Sinn, von einer Regierung der nationalen Einheitsfront zu reden, die jetzt gebildet werden könnte, noch weniger aber die Frage eines Wechsels der Regierung auf die Gefahr hin, daß dann überhaupt keine verfassungsmäßige Regierung zustande käme. Die Regierung hat die allerbeste Situation, da sie in den entscheidenden Fragen alle Parteien hinter sich hat. Nach außen dürfte eine andere aus diesem Reichstag hervorgehende Regierung auch kaum eine bessere Position haben. Am wenigsten besteht unter solchen Umständen für den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons ein Grund, aus dem Amt zu scheiden.

Kein nationales Konzentrations-Kabinetts Keine gemeinsame Erklärung der Parteien zur Wiederunterhandlungsfrage

Berlin, 1. Febr. (Freibrief.) Die Bemühungen, ein nationales Konzentrations-Kabinetts zustande zu bringen, um so der Regierung und der Volksvertretung in ihrem Auftreten gegenüber der Entente einen stärkeren moralischen Rückhalt zu geben, sind gescheitert. Die Mehrheitssozialdemokratie ist der Ansicht, daß es unzumutbar wäre, wenn sich heute alle Parteien gewissermaßen „verbrauchen“ würden. Die Sozialdemokratie will sich daher zunächst in Reserve halten. Aber die Mehrheitssozialdemokratie läßt andererseits auch keinen Zweifel darüber, daß sie das gegenwärtige Kabinetts der Mitte auch weiterhin indirekt unterstützen wird.

Auch die Bemühungen, alle Parteien zu einer einheitlichen Erklärung zu veranlassen, in der die Forderungen der Entente in der Wiederunterhandlungsfrage einmütig abgelehnt werden sollen, haben zu keinem positiven Resultat geführt. Nur die drei Regierungsparteien werden sich auf eine gemeinsam formulierte Erklärung beschränken, während die anderen Parteien in längeren Reden zu den Ausführungen des Außenministers über die Forderungen der Entente Stellung nehmen werden. Aber das kann schon jetzt gesagt werden, daß in der Sache selbst die Auffassung aller Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen, in der Reparationsfrage die gleiche ist.

Eine vernünftige englische Stimme

WTB. London, 1. Febr. Am Mittelpunkt des Interesses steht die von Deutschland geforderte Reparation insbesondere die Frage der Haltung Deutschlands. Der „Manchester Guardian“ schreibt: Wir können sicher sein, daß die von dem Obersten Rat beschlossenen Reparationsbedingungen niemals durchgeführt werden können, da die Ausführung der Bedingungen ein Verbrechen gegen die Zivilisation bedeuten würde. Ein zivilisierter Feind kann nicht gezwungen werden, in solchem Umfang und für eine solche Zeitdauer Tribut zu zahlen. Das Blatt legt dann ausführlich die Unmöglichkeit für Deutschland dar, der geforderten Reparation nachzukommen, und die verhängnisvollen Folgen für die Industrie der alliierten Länder, die eine Erfüllung der Bedingungen nach sich ziehen werde.

Erste 6
h&c
erte
ttel:
2.-
3.-
ein-
4.-
8.-
3.-
malz
14.-
2.50
15.-
12.-
h&c
eigen.
ambur betr.
Anmeldung bei
am 19. Januar
Nr. 18 und
die Bearbeitung
verboten ist.
Sie können nur
1921.
mi.
Holler.
tung!
ilnehmer,
ne Anzug.
ung
au
ges Erscheinen
and.
hühe,
hauhuiz
at. Wenzel & Mehl

Der Erfolg der großen Eisenbahnerbewegung

Von Th. Rogur, R. d. R.

Nachdem die Bewegung des Millionenheeres der Reichseisenbahner ihr Ende erreicht hat, wird jetzt in den Versammlungen und der Presse der Kommunisten darüber geurteilt, ob der Ausgang erfolgreich war oder nicht. Eigentlich ein recht mühsamer Streit angesichts der Tatsache, daß die der Reichsregierung erwachsene Belastung 200 Millionen Mark beträgt, eine Summe, die sich wahrscheinlich noch erheblich erhöhen wird, wenn die Rückwirkungen der Einkommensverbesserung für die Länder und Gemeindebeamten eingetragene sind. Dem einzelnen Landwirt, kleinen Gewerbetreibenden, Arbeiter und Beamten macht es wenig Freude, wenn die Reichsregierung die Einkommensverbesserung nur zur Deckung der Ausgaben für die Eisenbahnen zu verwenden zwingt, während die Reichsregierung die Einkommensverbesserung nur zur Deckung der Ausgaben für die Eisenbahnen zu verwenden zwingt, während die Reichsregierung die Einkommensverbesserung nur zur Deckung der Ausgaben für die Eisenbahnen zu verwenden zwingt.

Unter Berücksichtigung der zu erwartenden erheblichen Tarifserhöhungen für Post und Eisenbahn sowie weiterer Steuern verschiedener Art, scheint mir die Beantwortung der Frage, ob es sich um eine erfolgreiche Bewegung handelt, sehr einfach. Die Einkommensverbesserung mag in ihrer Höhe weder die Beamten noch die Arbeiter befriedigen; aber ebenso sicher dürfte sein, daß die übrigen Bevölkerungsklassen an den neuen Steuern und den erhöhten Tarifen auch nicht gerade große Freude haben werden. So veranschlagt zum Beispiel der bekannte Eisenbahnsachmann Dr. Hermann Kirchhoff in der Tagespresse einen Artikel unter der Überschrift „Einkommensverbesserung“, in dem er auf die neue schwere Belastung des Wirtschaftslebens hinweist. Er ist der Meinung, daß Handel und Industrie, die auf eine Verbilligung des Verkehrs drängen, diesen „harten Schlag“ durch eine Preiserhöhung für die Verbraucher parieren werden. Die Verteuerung des Eisenbahnverkehrs wird also zweifellos eine große Mißstimmung gegen die Eisenbahner hervorrufen, obwohl an dem gewaltigen Beschäftigten in Eisenbahnbetrieben die Löhne und Gehälter am wenigsten schuld sind. Es sei deshalb noch einmal daran erinnert, daß der Reichsfinanzminister Dr. Brüning vor einiger Zeit im Reichstage ausführte, die Eisenbahnverwaltung würde Geld im Überfluß haben, hätte sie ähnlich wie die Privatindustrie die Steigerung der Produktionskosten ausgeglichen.

Diese Feststellung beweist also, daß die Erhöhung der Personen- und Gütertarife, so unangenehm sie auch für die Bevölkerung ist, gemessen an der Verteuerung aller Waren mäßig zu nennen ist. Vielleicht ist es aus diesem Grunde nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß die durchschnittliche Steigerung der Bezüge des Eisenbahnerpersonals in den letzten 8 Jahren das 8-fache gegenüber dem Jahre 1913 beträgt. Dagegen ist die Preissteigerung für die von der Eisenbahnverwaltung benötigten Materialien ganz erheblich größer. Sie beträgt gegenüber 1913 für Betriebsmittel das 18fache, Kohle das 19fache, Schienen das 28fache, Stabeisen sogar das 33fache. Diese Zahlen sind geeignet, volle Klarheit darüber zu verbreiten, daß erheben gegenüber der Geldentwertung und der damit verbundenen Preissteigerung um das 10fache auf allen Gebieten, die Gehalts- und Lohnforderungen der Eisenbahner berechnigt waren, zweitens, daß das große Milliardendefizit sowie die fortgesetzten Tarifserhöhungen nicht ausschließlich auf die Lohnforderungen zurückzuführen sind, und drittens, daß die Tarifserhöhungen unter Einschluss der noch bevorstehenden keineswegs die Preissteigerungen der Privatindustrie übertreffen.

Die bisherigen Darlegungen zeigen zur Genüge, daß die Eisenbahner ihre Bewegung erfolgreich zu Ende führten. Der Erfolg ist um so bemerkenswerter, als sie das Verdienst beanspruchen können, nicht nur für sich, sondern für die übrigen Reichsbeamten und -arbeiter eine immerhin beachtenswerte Einkommensverbesserung durchgeführt zu haben.

Geriffene „Politiker“, die die Bewegung ihren Zwecken nutzbar machen wollten und dabei nicht auf ihre Rechnung gekommen sind, versuchen jetzt den Eisenbahnern einzureden, das Verhandlungsergebnis sei viel zu gering und lege Zeugnis ab von dem Verrat, den die Gewerkschaftsführer verübt hätten. Diesen leichtfertigen Behauptungen gegenüber ist es angebracht, an die früheren großen Gewerkschaftskämpfe zu erinnern, bei denen trotz wochenlangem Streik und Ausperrungen oft in finanzieller Beziehung viel weniger erreicht wurde. Mit dem Hinweis, daß die heutige Zeit mit der Vorkriegszeit nicht vergleichbar ist, kann man unmöglich das Resultat vergangenener Gewerkschaftskämpfe abtun. Gewiß waren damals andere Zeiten und hatten 10 Pfennige mehr Kaufkraft als heute die Mark. Auf der anderen Seite aber ist ebenso wahr, daß das monarchische Deutschland verhältnismäßig reich war, während die heutige Republik völlig verarmt ist. Um so schwerer wiegen deshalb die Zugeständnisse, die das Reich heute seinen Beamten und Arbeitern macht, weil mit jeder weiteren Willkür die Kaufkraft ein Schritt mehr zum Bankrott getrieben wird. Mit Recht sagte Kardus bereits im Jahre 1910 in seinem Buche „Die große Arbeiter-Ausperrung und die Zukunft der Arbeiterkämpfe im Reich“: „Hinter einer siegreichen Massenbewegung kommt den ausgebeuteten Klassen das Mißverhältnis zwischen ihren Leistungen und den kapitalistischen Bedingungen ihres Daseins erst recht zum Bewußtsein und darum lösen gerade die großen Kämpfe eine gewisse Bechtimmung aus. Die Massen stehen unter dem Eindruck, daß man vielleicht doch hätte mehr erreichen können. Wir müssen uns aber in acht nehmen, in einen ähnlichen Fehler zu verfallen wie die Unternehmer und durch den Erfolg, den wir jetzt errungen haben, uns zu einer Unterwerfung der Macht unserer Herrscher bei den kommenden Kämpfen hinzugeben zu lassen. Jeder große Arbeiterkampf wird zu einer allgemeinen Auseinandersetzung zwischen dem Proletariat und der kapitalistischen Klasse.“

Dieser Artikel von Kardus füge ich noch hinzu, daß die letzte große Eisenbahnerbewegung nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen den Reichsbeamten und -arbeitern auf der einen und der kapitalistischen Klasse Deutschlands auf der anderen Seite, sondern vielmehr ein Kampf gegen die gesamte Staatsgewalt war. Wenn die Eisenbahner auf Grund ihrer geschlossenen Einheitsfront trotzdem siegreich blieben, so liegt gerade für sie umso mehr Grund vor, den errungenen Erfolg nicht zu verkleinern, indem sie die vorhandenen Machtmittel und Kräfte des Gegners etwa unterschätzen.

Wenn nun auch das erzielte Resultat Anlaß zur Unzufriedenheit gibt, weil die unsoziale Abstützung unbestreitbar ist, so dürfte aber den Eisenbahnern doch bekannt sein, daß von der Sozialdemokratischen Partei schon in der Nationalversammlung der Versuch gemacht wurde, eine gerechtere Verteilung herbeizuführen, indem sie beantragte, den demnächstigen Steuererhöhungsschlag so abzufußeln, daß die unteren Beamtens 80, die mittleren 60 und die höheren 40 Prozent erhielten. Die Bemühungen blieben leider erfolglos. Auch jetzt in der letzten Bewegung ist der Versuch gemacht worden, eine Abstützung nach Gehaltsklassen und nicht wie es die Regierungsvorlage vorsieht, nach Einkommen zu erreichen. Die Widerstände, die dem im Wege standen, waren so groß, daß sie von den Gewerkschaftsführern nicht überwunden werden konnten. Deshalb bedeutet aber die Zustimmung zu dem Verhandlungsergebnis nicht die Preisgabe des berechtigten Anspruchs auf eine anderweitige Abstützung der Steuererhöhung. Die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Herbeiführung besserer Existenzverhältnisse kann selbstverständlich nur in Etappen Fortschritte erzielen und unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist die letzte Einkommensverbesserung nur eine Etappe auf dem Wege zur Schaffung gleicherer Existenzverhältnisse, die auch den Reichsbeamten und -arbeitern die Teilnahme an den Kulturereignissen ermöglichen.

Die Forderungen bezüglich der Entwaffnung

Von zuständiger Stelle wird u. a. mitgeteilt: Die Forderungen bezüglich der Entwaffnung gehen weit über den Friedensvertrag hinaus. Die Ablieferung und Veräußerung unferster Kriegsmaterials ist ziemlich weit vorgeschritten. Was noch vorhanden ist, sind Rückstände, aus denen eine Auswahl für die Reichswehr vorgenommen werden sollte. Deutschland hatte bezüglich des ostpreussischen Schusses darum nachgesucht, daß kein fester Termin für die Auslieferung der Bewaffnung vorgegeben werde, bevor nicht die Kämpfe zwischen Polen und Litauen völlig beendet sind. Der jetzt festgesetzte Termin bedeutet ein glattes

Sinnesgehen über die deutschen Erfolge. Die Festung Königsberg mit ihrer langen Landfront darf nur 22 Geschütze enthalten. Somit kommen auf 9 Kilometer ein kleines Geschütz. Das um die Festungsgeräte weggenommen werden, ist eine willkürliche Bestimmung, für die im Friedensvertrage keinerlei Bestimmungen vorhanden sind. Die vorhandenen Artilleriepläne und Skizzen sind abgeliefert. Die Umwandlung der Artilleriegeschütze in Kanonenboote durchgeführt. Deutschland hatte im Kriege 48 000 Flugzeuge; 27 000 sind zerstört worden, eine ungeheure Menge von Flugzeugen ging auf dem Rückzug verloren. Nach dem Friedensvertrag ist der Neubau von Flugzeugen nur drei Monate unterlag. Die Entente will aber weiterhin den Neubau verbieten.

Lügen „patrioten“ und Hengel, „Griffen“

Der Deutsche ist längst davon entwirrt, noch daran zu glauben, daß „Patriotismus“, „Christlichkeit“ oder die zur Schau getragenen „biederer Bauerneigenheiten“ die Staatsstippen alten Stils irgendwie daran hindern, die eigenen Volksgenossen nach Straß und Faden auszuwintern. Eine gleiche moralische Verderbnis dieser Kreise treffen wir in allen in die Kriegsschlammflut hineingeratenen anderen Ländern, so auch in dem Stammland Österreich. 3. B. am 10. 9. vorigen Jahres sprach ein österreichischer Richter in einem Urteil „Geschichtliches aus Österreich“ in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ grade heraus von einer „Gauerei“ des Bauerntums in Österreich. Dort sei, wie der Verfasser Robert Hoffmann erklärt, die Landwirtschaft dem Grunde des Gebietes oder des Raumes vielmehr in noch höherem Grade verfallen als in Deutschland. Heute sind unsere Bauern Schieber geworden so arg wie die der Stadt, heute geben sie zu den neuen Reichen, und konnte man früher die Kenner eines großen Bauern belächeln, bis zu einem gewissen Grade sogar imponieren finden, so lächen die Reichen der neuen Lebensform, die sich von ihren großstädtischen Brüdern nur durch die schmutzigen Fingerägel unterscheiden, Ekel und Abgöhen ein. Wenn man hört, daß Bauernbüchsen an einem Stücktag mindestens 1000 Kronen verbrauchen müssen, um als voll zu gelten, da der Liter Wein von ihnen mit 100 Kronen bezahlt wird, daß sie moderne Einrichtungen in ihre Häuser versehen, weiß man, daß es sich um Dinge handelt, die nicht mehr durch Proberer zu erschaffen sind. Bei dem üblichen lässlichen Regelschießen am Sonntag kommt es gar nicht selten vor, daß wie in der „Neuen Freien Presse“ zu lesen war, die Spieler bei jedem Wurf nur 1000 Kronen rechnen. Was in dem einen Falle ein Spieler am Ende des Spiels 11 000 Kronen verloren hatte und von einem zufällig anwesenden Wiener Witwenskind beobachtet wurde, beruhigte ihn der Witz mit der Versicherung, der Spieler habe zu Hause zwei große dicke Briefstaschen mit Schmutzgebe.

So leben heute die neuen Reichen auf dem Lande. Eine Zeit ist wiedergekehrt, von der der schlesische Spradbrüder G. von Rogau vor mehreren Jahrhunderten sang: „Unser Zeit Genossen, Hebel auf Genossen.“

Was wie bei uns. D. h. bei denen, die jetzt auf die Danden und ihre Partei, die Sozialdemokratie, die Schlammfluten der Verleumdung erziehen und von „sozialdemokratischer Wirtschaft“, „Judenwirtschaft“, „Volkswirtschaft“ brüllen und geteilt, um durch solches Geschrei vergessen zu machen, daß gerade bei ihnen die Träger von „Christlichkeit“ und echter Staatsgesinnung längst legendäre Figuren sind.

Ein Dementi

Auf die Anfrage des kommunistischen Abg. Düwelle, ob während des Krieges Lenin, Trotzki und andere Bolschewisten von der deutschen Reichsregierung mit etwa 50 Millionen Mark unterstützt worden seien, oder ob diese Unterstützung durch die deutschen Militärbehörden zugelassen habe, hat Reichsminister Simons die Antwort erteilt, daß die Akten des Auswärtigen Amtes keinen Anhaltspunkt dafür geben, daß Lenin und Trotzki aus Mitteln des Auswärtigen Amtes unterstützt worden wären, oder daß das Auswärtige Amt einer Unterstützung dieser Politiker durch die deutschen Militärbehörden zugestimmt hätte.

Gerichtszeitung

Reibelsberg, 31. Jan. Der Mechaniker Heinrich Fuchs aus Wölling trat hier, in Urlaub und in der Umgebung von Durlach und von Heidelberg als Freireiter von Stein, Fliegerleitnant und Korpsstabsoffizier auf und machte große Feh- und Wohnungsgelübden und verübte zahlreiche Schwindelereien. Die Strafkammer beurteilte ihn deshalb zu zwei Jahren und 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert.

(Fortsetzung.)

Und was blieb ihm sonst noch? Einet, einige Kaufleute, zwei oder drei Schenkwirte, der Pastor und der Herr Bürgermeister, mit seinen beiden Söhnen, mürrischen und stumpfsinnigen Menschen, die selbst im Felde arbeiteten, gern gut aßen, sehr fromm und in Gesellschaft unaussprechlich waren.

Aber unter all den bekannten Gesichtern tauchte Emma Antilg immer wieder auf, klarer und ihm verwandter als die anderen, aber doch, so schien es ihm, durch eine unüberbrückbare Kluft von ihm getrennt.

Anfangs hatte er sie mehrfach in Gesellschaft des Apothekers besucht; Karl schien an seinen Besuchen sehr wenig gelegen zu sein, und Léon stand daher vor der peinlichen Wahl, ihm aufdringlich zu erscheinen oder auf ein Zusammensein mit Emma, ohne die er nicht mehr leben zu können glaubte, zu verzichten.

Als die ersten Fröste kamen, wechselte Emma ihr Zimmer und bewohnte nun den „Saal“, einen großen Raum mit niedriger Decke und schönem Kamin. Hier sah sie stundenlang in ihrem Sessel am Fenster und sah auf die Straße.

Léon ging zweimal täglich von seinem Bureau in den Goldenen Löwen. Emma kannte seinen Schritt schon von weitem und horchte mit vorgebeugtem Haupt, bis sie ihn vorübergehen sah, erhobenen Kopfes und immer gleich gekleidet. Nur in der Dämmerung, wenn sie ihre Stiderei hatte in den Schoß sinken lassen und das Kinn auf die rechte Hand gestützt vor sich hin träumte, erlöschte sie oft heftig, wenn sein Schatten plötzlich am Fenster vorbeigleitete. Sie stand dann schnell auf und befehl, das Essen aufzutragen.

Herr Homais kam meistens während des Dinners herüber. Er trat immer ganz leise ein, um niemanden zu stören, und hatte immer denselben Gruß „Guten Abend, die Herrschaften“. Und wenn er sich dann zwischen den beiden Ehegatten an den Tisch gesetzt hatte, fragte er den Arzt nach seinen Kranken, und dieser erkundigte sich bei ihm nach den ortsüblichen Honorarfällen. Dann sprach man über Zeitungsnauigkeiten, die Herr Homais schon alle auswendig wußte. Er erzählte alle Ereignisse des Ja- und Auslandes, alle Anklüßfälle mit

allen Details und jeder Bemerkung des Journalisten wieder. Und wenn dieser Gesprächsstoff ausging, konnte er es fast nie unterlassen, einige Bemerkungen über die Spellen zu machen, die gerade auf dem Tische standen. Manchmal erhob er sich sogar und zeigte Madame in lebenswüirdiger Aufmerksamkeit das zarteste Stück, oder er wandte sich zum auftragenden Dienstmädchen und gab ihm Ratsschläge, wie sie die Ragouts besonders schmackhaft und die Gemüse am nahrhaftesten zubereiten könne. Er sprach in glänzender Weise von Aroma, Fleischextrakt, Fruchtsäften und Gelatine. In seinem Kopfe waren mehr Rezepte als Wasser in seiner Apotheke; Homais verstand es vorzüglich, Früchte in Essig einzumachen und süße Ristore herzustellen. Er kannte alle neuerfundene Sprachvorrichtungen, wußte Mittel, den Käse zu konservieren und trübten Wein wieder klar zu machen.

Um acht Uhr kam Justin, um seinen Herrn zu rufen, der den Laden schließen mußte. Den sah Herr Homais immer schalkhaft an, besonders wenn Felicité gerade zugegen war, und bemerkte dann, daß Justin eine merkwürdige Vorliebe für das Haus des Doktors habe.

„Der Bengel da scheint mir auf tolle Gedanken zu kommen, er ist, wie es scheint, in Ihr Dienstmädchen verknallt.“ Justin besah aber noch einen Fehler, der weit schärmer war, und der seinen Herrn zu immer neuen Vorwürfen veranlaßte. Er mußte stets zuhören, wenn andere sich unterstellten; so konnte man ihn Sonntags nicht aus dem Salon entfernen, wenn Frau Homais ihn gerufen hatte, die Kinder hinauszubringen, die auf den Sesseln einzuschlafen waren und die zu weiten Kattunbezüge ganz zerdrückt.

Zu den Abendgesellschaften beim Apotheker kamen nicht viele Leute, denn seine Klatschsucht und seine politischen Ansichten hatten ihm nach und nach die besseren Einwohner Homais entfremdet. Der Schreiber fehlte nie an diesen Abenden; wenn er den Ton der Klingel hörte, eilte er hinaus, Frau Bovary entgegen, um ihr den Schal und die großen Filz-pantoffeln abzunehmen, die sie bei Schneewetter über ihre Schuhe zog.

Man spielte erst einige Partien Sechsendschick, dann spielte der Apotheker mit Emma Carte, wobei Léon hinter dem Stuhle stand und ihr half. Er stand dort und betrachtete ihre Haar und den Kamm, der es hielt. Jedemal, wenn sie eine Karte hinwarf, bedeutete sich das Kleid an ihrem Halse, und er sah dann unter dem aufwärtsgeriffelten Haar die zartgoldige Färbung ihres Halses und Nackens, die sich im Schat-

ten des Kleides verlor. Ihr weites Gewand fiel in reichen Falten zur Erde. Wenn er manchmal den Saum ihres Kleides mit seinem Fuße herührte, erschrak er, als ob er auf ein lebendiges Wesen getreten hätte.

Wenn die Partie zu Ende war, spielten der Apotheker und Karl Domino, und Emma wechselte den Platz, um sich die illustrierten Zeitungen anzusehen. Sie hatte auch immer ihre Modengeitung mitgebracht und sah sie mit Léon durch. Sie saßen nebeneinander und betrachteten die Abbildungen; manchmal bat sie ihn auch, die Gebichte vorzulesen. Er las dann langsam und mit halblauter Stimme und legte immer besonders Ausdruck in die Stellen, die von Liebe sprachen. Nur das Geräusch der Dominosteine störte sie. Homais war Meister in diesem Spiel und schlug Karl fast immer; wenn sie dann ihre dreikundert Punkte heruntergespielt hatten, stritten sie sich vor dem Kamin aus und schliefen immer bald ein. Das Feuer brannte langsam herunter, und die Zeeanne war längst leer. Léon las noch immer vor, und Emma drehte mechanisch an den Lampenschirm, auf dem Pierrots und Seil tänzerinnen abgebildet waren. Léon bestimmte einen Augenblick und wies auf die Schlafenden. Dann unterhielt sie sich mit leiser Stimme und fanden einen besonderen Reiz darin, daß ihnen niemand zusah.

So entstand allmählich zwischen ihnen ein wechselseitiger Verkehr, ein reger Austausch von Witzern und Romanen. Herr Bovary war nicht eifersüchtig und achtete weiter nicht darauf.

Er bekam zu seinem Geburtstag einen sehr schönen Schadel von porenologischer Studien gezeichnet, der mit Zahlen und blauen Linien versehen war. Das war eine Aufmerksamkeit des Schreibers, der außerdem sehr oft in Rouen Aufträge für Karl besorgte. Da insolge eines vielgelesenen Romanes Kateen Mode geworden waren, brachte er für Frau Bovary eine solche aus Rouen mit und ließ sich während der Fahrt in der „Schwalbe“ von ihren Stacheln in die Finger stechen.

Emma ließ vor ihrem Fenster ein Brett mit einem kleinen Gitter anbringen, auf das sie ihre Blumenkörbe stellte, und er tat daselbe an seinem Fenster, so daß sie sich immer sehen konnten, wenn sie beide ihre Blumen besaßen.

Noch ein anderes Fenster im Dorf war oft besetzt, es war das Fenster des Herrn Vinet, der des Sonntags von früh bis spät und an Wochentagen des Nachmittags gut geümt Weiter sein mageres Gesicht hinter den Scheiden zeigte, wenn er an seiner Drehbank saß, deren Geräusch man bis zum „Goldenen Löwen“ vernehmen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 1. Februar 1921.

Unterrichtsetat

15. öffentliche Sitzung.

Präsident Kayser eröffnet die Sitzung um 3.45 Uhr. Eingegangen ist eine Petition des Landesauschusses Baden des Völkischen Deutschen Gewerkschaftsbundes um Befürwortung seines Antrages auf Erlass der Reststeuer für 1920 beim Reichsfinanzministerium.

Eine kurze Anfrage über die akademische Ausbildung der Gewerbelehrer beantwortet Oberregierungsrat Kabeer dahin, daß Maßnahmen für die akademische Ausbildung der Gewerbelehrer eingezeichnet sind.

Unterrichtsetat.

Abg. Stöckinger (Soz.) berichtet namens des Ausschusses über den Kultus- und Unterrichtsetat. Anerkannt wurde, daß die Regierung sich um die Verbesserung der Studierendensituation in den höheren Schulen bemüht hat. Das hohe Schulgeld an den höheren Schulen dürfte, wie im Ausschuss von einer Seite gesagt wurde, zu einer Entlastung der höheren Schulen führen. Leber die Elternseite kann noch kein abschließendes Urteil gegeben werden. Der Beginn des Schulunterrichts in allen Schulen nach Ostern ist nach der Erklärung des Ministers eine notwendige Folge der vierjährigen Grundschule und des einheitlichen Schuljahres im Reich, weshalb sich auch haben für den Osterbeginn entschieden mußte. In den technischen Hochschulen werden Kurse für Gewerbelehrer eingeführt. Der Etat für das Landesbühnenwesen wurde in der Kommission gegen 3 Mitglieder des Zentrums genehmigt, während 2 weitere Mitglieder des Zentrums und ein Mitglied der Demokratischen Partei für die Abkündigung entschieden. Durch verschiedene eingeführte Sparmaßnahmen wurde verhindert, daß das Defizit des Landesbühnenwesens größer werde. Der Ausschuss beantragt Genehmigung des Nachtragsetats.

Eingegangen ist ein Antrag Dr. Schöfer (Zentr.) u. Gen., die Regierung zu ersuchen, beim nächsten Nachtragsetat eine entsprechende Summe für die Drucklegung hochwissenschaftlicher und wichtiger Werke einzustellen.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) erklärt, daß man im großen ganzen mit der Amisführung des Unterrichtsministeriums einverstanden sein kann und äußert Wünsche zur Restaurierung der Sebastianuskapelle bei Tauberbischofsheim. Die Mehrheit meiner Fraktion hat seiner Zeit größtenteils gegen den Vertrag über das Landesbühnenwesen gestimmt, da wir meinen, daß Karlsruhe selbst für sein Theater aufzukommen hat (Abg. Herle (D.N.): Sehr richtig). Nun besteht der Vertrag. Dafür können wir jedoch nicht. Wir anerkennen die Kunst eines Galberon; wir geben auch zu, daß das moderne Theater stellenweise gut sein kann. Nur stellenweise. Auf dem Staatsetat darf kein Hindernis sein, praktischer Maßstab der Zentrumsmeinung zu sein. Die Geisteswissenschaften sind auf sehr niedrigerem Stande als früher. Sie haben keine Kongresse, keine Versammlungen ab. So rasch in Weimar der Beschluß über die Abkündigung der Kirchen vorgenommen wurde, so langsam wird seine Durchführung vor sich gehen. Es sind wichtige Staatsinteressen, die hier in Frage kommen. In der Kirche liegt die Institution, um dem Niedergang unseres Volkes entgegenzutreten. Es ist eine Erziehungsaufgabe der Kirche, daß die charitativen Einrichtungen anerkannt werden. Mit den Beiträgen für die Schulen hoffen wir ein Stück im Dienste des Wiederaufbaus zu leisten. Der Verbesserung der Notlage der Wissenschaft gilt der vorhin gefasste Antrag über die Beihilfe zur Drucklegung wissenschaftlicher Werke. Es ist eine Fortsetzung der Entente, die internationalen Wissenschaft in einem Riß einbringen zu wollen. In demselben Umfang, in dem die wissenschaftliche Produktion an Büchern zurückgegangen ist, hat die Produktion an Sekundärliteratur zugenommen. Für Sekundärliteratur sollte eine Steuer eingeführt werden. Im Interesse der Wissenschaft sollte angefragt werden, ob die Verarmung der Wissenschaftlichen Nachwuchs in der Studentenschaft gefördert werden. Dagegen muß bei Warten gepart werden und bei den Instituten der verschiedenen Universitäten eine Arbeitsteilung stattfinden. Die Wissenschaft sollte zur Gottesfurcht ohne Gängelruthen zurückkehren. Mit den Waffen des Friedens sollten wir zu erobern suchen, was uns die Waffen des Krieges nicht brachten. Man erwartet ein neues Reichsstaatsgesetz. Solche Gesetze bringen immer eine leichte Verunsicherung. Das Schulgesetz sollte als Kulturbehörde den Ländern überlassen bleiben. Die Berliner Forderungen sind die Finanzen und um die Dinge in Berlin kümmern (Abg. Dr. Kraus (Soz.): Der Reichstag besteht doch nicht aus lauter Berliner). Die durchgehende Schulzeit ist der durchgehende Unterricht und ich hoffe, daß sie halb abgeschlossen wird. Wir müssen sorgen, daß wieder Sinn für Jugend aufwacht.

Eingegangen ist ein Antrag des Abg. Gothein (Dem.) und Genossen. Mittel in den Etat einzusetzen für die wissenschaftlichen

lichen Laboratorien, Institute und zur Förderung junger Gelehrter, die an ihnen arbeiten.

Abg. Gothein (Dem.) stellt an Hand der Erklärung des Unterrichtsministeriums, daß das Unterrichtsministerium bei der Demokratischen Partei gut aufgehoben ist. Es ist wünschenswert in diesen Schritten eine gewisse Einheitlichkeit im Reich herzustellen. Die Überfüllung der Universitäten ist eine augenblickliche. Vor einer Überfüllung der Examensschwierigkeiten ist wegen der möglichen Mißgriffe zu warnen. Herr Schöfer sang dem Theater ein Loblied und hinterher erklärte er: für das Theater können wir nichts bewilligen. Für Anschaffung neuer Kunstwerke in die Kunsthalle können wir momentan nichts ausgeben; sobald dies wieder möglich wird, sollte es jedoch geschehen. Daß die Universitäten geholfen haben dem Atheismus großzuziehen, wie der Vorredner meinte, dem möchte ich widersprechen. Es sind nicht nur die Geistlichen und Ordensschwester, die sie streiften, sondern auch die Professoren. Aber für die längeren Hilfskräfte der Wissenschaft ist eine Verbesserung nötig. Die Privatdozentur darf zu keinem Amt gemacht werden. Dem Antrag zur Beihilfe für wissenschaftliche Werke stimmen wir zu, wobei wir ihn weiter auf Laboratorien und Institute ergänzen. Die Umzüge in der Studentenschaft ist aus deren Lage zu erklären. Die internationale Stellung der deutschen Wissenschaft ist befehdt aber nicht gebrochen.

Abg. Dr. Kraus (Soz.):

Dem uneingeschränkten Lob von Zentrumsseite über das Unterrichtsministerium kann ich nicht ganz zustimmen. Heute gibt es keine schulpolitische Gruppe mehr, die nicht meint, daß sich die Revolution auch im Gebiet der Schule auswirken muß. Was sich bewährt hat, soll man anerkennen. Aber auch den Fortschritt muß man gelten lassen. Allerdings muß man die Forderungen mit unseren finanziellen Verhältnissen in Einklang bringen. Durch die Reichsregelung sind wir außerdem in einer gewissen Zwangslage. Man muß die Reichsregelung positiv fassen; denn auf das Reich haben ja die Länder Einspruch. Wir brauchen deshalb nicht zu warten, bis das Reich kommt, sondern können mit den Schulfragen in Baden mit Initiative vorangehen, wie wir auch in der Verfassungsfrage vorangingen. In weiten Teilen der badischen Lehrerschaft hat man den Eindruck, daß auf dem Gebiet der Schulgesetzgebung im Unterrichtsministerium nicht die nötige Initiative vorhanden ist. Die Lehrerschaft hat den Eindruck, daß sie nicht in dem Maße herangezogen wird, als sie es erwartet. Man meint, daß in der Verwaltung der Demokratie noch sehr wenig vorhanden ist. Wenn ich die „Badische Schulzeitung“ durchblättere, so finde ich, daß unter der Lehrerschaft eine Reihe Kräfte zur Mitarbeit vorhanden ist. Die Lehrer verlangen mehr kollegiale Selbstverwaltung. Wohin kommt man, wenn der Schulleiter aus der Mitte der Lehrer gewählt wird? (Abg. Dr. Schöfer (Ztr.): Auf den Hund kommt man). Ich muß mich demgegenüber gegen die Berufungspolitik und gegen die Oberlehrerpolitik wenden. Auch in der Frage der Lehrerbeförderung verlangen die Lehrer mehr als platonische Anerkennung. Ich höre jetzt, daß Verhandlungen im Gange sind, die Verhältnisse um mehr zu verschärfen. Ich halte die vorgesehene neue Gehaltskategorie für den größten Fehler.

Die Lehrerschaft hat den Eindruck, daß ihre verfassungsmäßigen Rechte im Unterrichtsministerium nicht die nötige Unternehmung finden. Es handelt sich hier um den Religionsunterricht (Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): O weh!) Ich habe hier den Hardheimer Schulfall, den Fall Kunz usw. im Auge. Ich betone, daß wir dagegen protestieren, daß in letzter Zeit Lehrern nicht nur wegen des Religionsunterrichts Schwierigkeiten gemacht werden, sondern daß versucht wird, sozialdemokratische Lehrer von ihrer Stelle wegzubringen. Hierbei spielen Geisteswissenschaften eine nicht rühmliche Rolle. (Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Namen nennen!) Ich weise auf Zehrental, auf Waldkirch hin. Genauere Mitteilungen lasse ich folgen. Unterbrechungen würde ich es begrüßen, wenn wir im Ausbau der Lehrerbildung einen Schritt weiterfassen. Wertvoll wäre es, wenn wir die Mittelschulbildung für die Lehrerausbildung durchführen könnten und die Lehramtskandidaten an Universitäten gleichwertig würden. Der Nachdruck um den Schulbeginn ist zu einem politischen Streit geworden, was ich ablehne. Nachdem Württemberg den preussischen Vorschlägen auf Osterbeginn zustimmte, konnte Baden nicht anders als sich anschließen. Ich stimme dem zu. Wenn jedoch Bayern diese Eingung durchbricht, dann steht auch Baden vor einer neuen Sachlage. Wenn man das festhält, so spricht schulpädagogisch besonders in den Mittelschulen allerdings viel gegen den Osterbeginn.

Nicht wahr ist es, wenn man draussen eine Feindschaft zwischen Sozialdemokratie und Hochschule konstruiert. Wir haben eine Reihe akademischer Institutionen gefordert, ja die Initiative dazu gegeben. Der Gegenstand besteht allerdings insofern, als sich zahlreiche Professorenkreise und Studenten gegen die heutige Staatsform wenden. Einen Beweis dafür liefert die Rätezeitung in Freiburg, wobei Professor Oplig Wöllig unbestimmt die Dankschuldgebende einetrug. Ist es da nicht begreiflich, daß die Arbeiterschaft hierbei nicht trauisch

wird. (Abg. Gothein (Dem.): Ein Lehrjahr ist keine Volkshochschule.) Ein Lehrjahr ist aber auch keine deutsche nationale Versammlung. Die Hochschule muß immer mehr aus ihrer Isolation heraus und in Verbindung mit dem Volk treten. Hier muß ich bedauern, daß die Handelshochschule in Mannheim von den Industriellen nicht mehr in bisheriger Weise gefördert wird, weil sie auch der Arbeiterschaft Ausbildung sich stärker annimmt. Hiergegen müssen wir jährlich protestieren. Gerade die Wirtschaftsausbildung halte ich für eine dringende Notwendigkeit. Zur vorjährigen Ausweisung eines österreichischen Kommunisten möchte ich feststellen, daß das Disziplinargericht der Universität die Ausweisung bemerkte, wobei nicht alles einwandfrei zugeht und die Entlassungszeugen nicht genügend beachtet wurden. Wenn man der heutigen Professorenenschaft und der Studentenschaft überlassen will, was das „soziale und nationale Empfinden verleiht“, was kommt dabei heraus? Diese Feststellung darf nicht in die Kompetenz des Disziplinargerichts gestellt werden. Die Sozialdemokratie verlangt, daß sich die Schulen in den neuen Staat einfüllen, den die Mehrheit des Volkes gegeben hat.

Nächste Sitzung: Mittwoch früh 9 Uhr. Tagesordnung: Unterrichtsetat. — Schluß der Sitzung 7.35 Uhr.

Soziale Rundschau

Verbesserung der Militärrentenbezüge

Der Kriegsbekämpfungsausschuss des Reichstags kam nach einer Reihe von Sitzungen zu folgendem Ergebnis, das mit Ausnahme der U.S.P. und K.P.D. von allen Parteien angenommen wurde: Die Reichsregierung solle unverzüglich Schritte unternehmen, von der im § 75 des Reichsverordnungsgegesetzes erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen und

1. Die Teuerungszulage mit Wirkung vom 1. Januar 1921 von 25 auf 35 vom Hundert zu erhöhen;
 2. Im § 45 Absatz 2 den Betrag von 1500 M auf 3000 M zu erhöhen;
 3. Die Stufen des einkommensteuerverpflichtigen Einkommens (§ 63 Absatz 1 Ziffer 1) je um 2000 M zu erhöhen.
- Ein weitergehender Antrag der linken Parteien wurde abgelehnt.

Gewerkschaftliches

„Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“

Aus Eisenbahnerkreisen schreibt man uns: An diese Episode wird man unwillkürlich erinnert, wenn man sieht, wie man zurzeit bei der Eisenbahn die Ausbehalten, die jahrelang auf Mühen, Fahrkartenausgabe, Telegrafenbüros und dergleichen Dienste der Eisenbahnerverwaltung bei oft ganz färglicher Bezahlung ihre Arbeitskräfte während der Kriegszeit und nachher zur Verfügung stellten, jetzt zu entlassen sucht. Kein Fünftel der sozialen Empfindens und Mitleids bekunden diese Herren, die da einfach entscheiden, daß bis zu einem gewissen Zeitpunkt sämtliche Ausbehalten entlassen sein müssen. Wenn auch nichts dagegen einzuwenden ist, daß man solche Ausbehalten entläßt, die in guten Vermögensverhältnissen stehen, oder solche, die noch Vater und Geschwister haben, welche einen reichlichen Verdienst haben und infolge der Entlassung dieser keine allzugroße Notlage in ihre Familie einreißt, so ist es aber ganz entschieden zu vermeiden und kann nicht gebilligt werden, daß man auch solche Ausbehalten auf das Pflaster setzen oder auf die Straße werfen will, die mit ihrem Verdienst die ganze Familie über Wasser halten und so vor Verarmung und Untergang retten, oder solche, die durch ihren Verdienst die Familie vor der größten Notlage schützen.

Belont und angeführt muß hier noch werden, daß es sich bei diesen Leuten, die hier vor der Entlassung stehen, keineswegs um überzähliges Personal handelt, sondern es muß für alle Ersatz eingestellt werden. Da kommt es vor, daß im Eisenbahndienst jahrelang verwendete und daher geschultes Personal entlassen und ins Elend gestürzt wird, wofür wieder Ersatz eingestellt werden muß, der nicht geschult und auch sehr oft sich vor ihrer Einstellung in den Eisenbahndienst nicht in so schwieriger Lage befinden, wie die zu Entlassenden.

Die Herren bei der Eisenbahnerverwaltung, die über die Entlassung ihres weiblichen Hilfspersonals zu befinden haben, sollten doch berücksichtigen und wissen, daß heutzutage mehr denn je manche Familie — auch Eisenbahnerfamilien — nur durch den Verdienst der erwachsenen Tochter vor dem völligen Ruin bewahrt bleiben. Es ist daher begreiflich, wenn sich das weibliche Hilfspersonal gegen seine Entlassung wehrt, denn es dreht sich letzten Endes nicht bloß

für unsere Frauen

Gesundheitszeugnisse vor der Eheschließung

Von den zuständigen Reichsämtern ist ein Merkblatt für Eheschließende ausgearbeitet worden, was den Eheverwehrenden bei der standesamtlichen Anmeldung, vor Anordnung des Aufgebots, ausgedrückt werden wird, und das auf der Wichtigkeit und Notwendigkeit der ärztlichen Untersuchung vor der Eheschließung für beide Teile hinweist. Auf diese Weise sollen die Gedanken der Verlobten auf die Bedeutung der Gesundheit für das eigene Glück, für die glückliche Gestaltung der Ehe und die Zukunft der Kinder gelenkt werden. Das Merkblatt weist darauf hin, daß es für jeden, der heiraten will, heilige Pflicht ist, sich vorher zu vergewissern, ob sich der wichtige Schritt zur Eheschließung mit seinem Gesundheitszustand vereinbaren läßt. Es ist in dem Merkblatt darauf hingewiesen, daß in der Regel die ärztliche Untersuchung nur die Befähigung der Eheschließenden zur Eheschließung zur Befähigung der Eheschließenden bringen wird. Schon oft wurde die bange Sorge, unzulänglich für die Ehe zu sein, durch die ärztliche Untersuchung heben, in vielen Fällen wurde dem Untersuchten daneben wertvoller ärztlicher Rat zur Befähigung seines der Eheschließung weiter nicht hinderlichen Leidens zuteil.

Von dem Ergebnis der ärztlichen Befragung sollen sich die Verlobten gegenseitig, bevor sie den endgültigen Entschluß zur Eheschließung fassen, unterrichten oder sich durch Vermittlung ihrer Eltern, Verwandter usw. Kenntnis geben. Wer dies unterläßt, begeht schweres Unrecht, das sich bitter rächen kann. Wer aber weder rein menschlichen Gefühlen noch dem Rufe des Gewissens Gehör gibt, der wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem bürgerlichen Gesetz ein Ehe für nichtig erklärt werden kann, wenn einer von beiden Teilen bei der Eheschließung nicht hinreichend über die Persönlichkeit und die entscheidenden Eigenschaften des andern unterrichtet war. Wer den andern schuldhaft ansetzt, macht sich auch schuldhaft strafbar und setzt sich sogar der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aus.

Durch die Einführung der Merkblätter bei der standesamtlichen Anmeldung ist das Problem der Gesundheitszeugnisse vor der Eheschließung wieder in den Vordergrund getreten. Es ist da von Interesse, die Leitfäden kennen zu lernen, zu denen Geheimrat Abel, der Jenaer Hygieniker, auf Grund eingehender Untersuchungen in der „Deutschen Gesundheitspflege“ kommt. Er bezeichnet die Fernhaltung der Körperlichkeit über geistig für die Ehe und die Zeugung gesunder Kinder. Inaugenblicklich von der Eheschließung als ein wesentliches Mittel zur Verhütung einer Nachkommenschaft. Die Nützlichkeit unserer Kenntnisse über die Vererbungsverhältnisse beim Menschen und die Schwere der Vererbungserkrankungen und erschöpfender Aufschlüsse über den Gesundheitszustand eines Menschen gestatten allerdings nicht, in jedem Falle die Eheschließung ein ganz sicheres Urteil über deren Unbedenklichkeit zu gewinnen.

Aufklärung der Bevölkerung über die Wichtigkeit der ärztlichen Untersuchung vor der Eheschließung und deren Ausführung durch beide Eheverwehrenden ist zwar als nützlich, aber nicht als ausreichend zu erachten. Nützlich erscheint es vielmehr, einen Zwang zur ärztlichen Untersuchung auf beide Eheverwehrenden auszuüben, indem ihnen auferlegt wird, bei der standesamtlichen Meldung zur Eheschließung je ein in den letzten vier Wochen ausgefertigtes ärztliches Gesundheitszeugnis vorzulegen, dessen gegenseitige Kenntnisnahme sie durch Unterschrift zu bestätigen haben. Es empfiehlt sich, bestimmte Ärzte als „Eheverwehrender“ mit der Ausstellung der Gesundheitszeugnisse zu betrauen und ihnen für die Vornahme der Untersuchung und die Abgabe ihres Urteils Weisungen zu geben.

Das auf Kosten der Eheverwehrenden auszufertigende Zeugnis soll nur die Angabe enthalten, daß gegen die Eheschließung ärztliche Bedenken nicht zu erheben sind, oder daß sie aus gesundheitlichen Gründen zurzeit oder dauernd widerraten werden muß. Einzelheiten über den Gesundheitszustand der Untersuchten soll es nicht erörtern. Die Bewertung der ärztlichen Zeugnisse und der Entschluß, ob sie bei Abtaten von der Eheschließung bannend die Ehe eingehen wollen, ist Sache der Eheverwehrenden. Für Eheverwehrender auf Grund ärztlichen Befundes ist die Zeit noch nicht gekommen.

Diese Leitfäden sind sehr beachtenswert. Sie würden einen bedeutenden Fortschritt auch nach Einführung der Merkblätter bringen. Denn wenn die Ausstellung ärztlicher Zeugnisse vor der Eheschließung gesetzlich festgelegt ist, so kommt wenigstens die eine Gefahr in Wegfall, daß Ehegatten ohne

Kenntnis einer direkt bedrohenden Krankheit des andern Ehegatten in die Ehe treten. Außerdem kommen zweifellos viele unentdeckte Leiden zum Vorschein, deren Hebung durch eine rechtzeitige, d. h. vor Eingehen der Ehe eingeleitete und durchgeführte Kur möglich ist. Da den Eheverwehrenden aber trotz des ärztlichen Verbots die Ehe gestattet ist, so besteht die Gefahr, daß sie sich über die gesundheitlichen Bedenken hinwegsetzen. Doch ist ein gewisser Mangel vorgezogen, dadurch, daß beide Verlobte von der Tatsache der Erkrankung des einen Kenntnis erhalten. Nicht allzuhäufig werden zwei Menschen lebensfähig genug sein, sich über die Warnung ohne weiteres hinwegzusetzen. Gegen Menschen von bösem Willen helfen freilich Maßregeln so wenig wie Zwangsvorschriften. Aber viele Menschen, die trotz des ärztlichen Abtrats bewußt die Ehe eingehen, werden doch ihr weiteres Verhalten danach einrichten, nachträglich noch eine Behandlung einleiten, die Gesundheit der aus der Ehe hervorgehenden Kinder besonders beachten, vielleicht auch die Erzeugung von Kindern vermeiden.

Dr. W. Schweisheimer.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Vorleitungsabteilung zu beziehen.) Von der Neuen Zeit ist soeben das 18. Heft vom 1. Band des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Vogel und die Marzische Kritik der politischen Ökonomie. Von Friedrich Engels. — Ostfrage und Weltwirtschaft. Von Erwin Barth. — Produktionsweise und Produktionsverhältnisse nach Marx'scher Auffassung. Von Heinrich Cunow. (Schluß.) — Marx, Engels und Kant. Von Karl Vorländer. — Die Relativitätstheorie. Von R. Schoen (Leipzig). 11. (Schluß.) — Literarische Rundschau: Gustav Scholler, Zwanzig Jahre deutscher Politik. Von Franz Kaufmänn. S. R. Bernon, The Speed of Dapton of Dupuit to Altered Hours of Work. Von S. Fehlinger. A. S. Zeit, Die roten Tage. Von H. L.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Volaportreure zum Preise von 18.25 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1.25 M. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

*) Wir entnehmen diesen Artikel der Nr. 5 von „Reclams Universalium“ (Seitpreis 1,75 M., Verlag Philipp Reclam, Leipzig).

um die eigene Person, sondern um die Existenz so mancher Familien — nicht zuletzt auch Eisenbahnerfamilien — die durch diese Entlastung in bitterste Not geraten würden.

Auch die Arbeiterinnen, in diesem Falle das weibliche Hilfspersonal, haben ein Recht auf Arbeit und Verdienst, hauptsächlich in den jetzigen Zeitaltern der Verdachtslosigkeit jeglicher Befristung.

WVB. Konstanz, 1. Febr. Eine Vertrauensmänner-Versammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes, die in Singen tagte, hat beschlossen, das Lohnabkommen im Seckreis nicht zu kündigen.

Zur Sicherstellung der bayerischen Vieh-einfuhr

Von Dr. Edwin Müller

Am Samstag, den 22. Januar 1921 fand im Sitzungszimmer der Badischen Landwirtschaftskammer in Karlsruhe eine von dieser einberufenen Versammlung der Vertreter der Schlacht- und Viehhöfe sowie der Metzger-Innung der größeren badischen Städte statt, die sich mit der Einfuhr von bayerischen Schlachtwildschweinen beschäftigte. Bayern hat nämlich den landfremden Händlern, Hausierern und Aufkäufern sein Land und seine Märkte verboten; nicht nur weil dieselben die Schlachtwildschweine in die Höhe trieben, sondern auch, weil man befürchtet, daß erhebliche Teile des von Bayern abgegangenen Viehes an Schwarzschlächtern und außer lands geschoben würden. Darum hat die bayerische Regierung die weitere Viehlieferung an Baden davon abhängig gemacht, daß unter Ausschluß jeglicher Zwischenhändler und Aufkäufer der einzelnen belieferten Städte eine einzige zuverlässige Hauptstelle das Vieh auf den in Betracht kommenden bayerischen Märkten München, Bamberg, Würzburg, Augsburg und Nürnberg abnehmen und unter die einzelnen Städte verteile. Dieses Geschäft sei, wie in der obigen Versammlung mitgeteilt wurde, von der bayerischen Regierung der Badischen Landwirtschaftskammer übertragen worden.

Daß das Treiben des gewissenlosen Teils des Zwischenhandels zum schlimmsten Ende führen müsse, und daß Bayern das Schmuggeln, Schiebern und Preisstreiben derselben auf die Dauer nicht dulden werde, war vorauszusetzen. Darum hat die am 3. Dezember 1920 von der städtischen Preisprüfstelle Karlsruhe einberufene Versammlung der Verbraucherverbände, der Metzger-Innung und der Schlachthofleitung im Beisein eines Vertreters der Badischen Regierung hinsichtlich der bayerischen Viehlieferung den Beschluß gefaßt, daß das zu liefernde Schlachtwildschwein unter Ausschaltung des Zwischenhandels durch Mitglieder der Metzger-Innung am Marktort abgenommen werde.

Dieser Beschluß entsprang der Erwägung, daß zahlreiche von Bayern mit Vieh belieftete Metzger-Innungen des Ruhrgebietes und Sagens sich zu Einkaufs- und Verteilungs-Gesellschaften zusammenschließen und unter Ausschaltung der Zwischenhändler selber den Weg des Schlachtwildschweins in die Hand genommen hätten. Auch die Stadt Forstheim hat einen Vertrag mit der bayerischen Viehlieferung auf Viehlieferung abgeschlossen und läßt die Tiere durch einen selbstergestellten Aufkäufer abnehmen, jedoch sich die Gesamtumsätze nur auf 4 Proz. beschränken.

Leider wurde entgegen der damaligen Entscheidung die bayerische Viehlieferung einer auswärtigen Viehgroßhandelsfirma und einer Anzahl Karlsruher Händler übertragen gegen die außerordentlich hohe Vergütung von 5 Prozent, die erst später auf erfolglos Widerspruch der Preisprüfstelle und Verbraucherverbände entsprechend ermäßigt wurde. Man hat sich von der ersten genannten Firma einreden lassen, sie werde den Karlsruher Viehhof zur „Zentrale“ für das gesamte für die badischen Städte aus Bayern gelieferte Vieh machen und außerdem die „Transitschlachtungen“ des von ihr für die Schweiz aus Dänemark zu beziehenden, durch Deutschland zu leitenden Viehes in Karlsruhe vornehmen lassen, wodurch die Stadt hohe Einnahmen an Schlachtgebühren und außerdem noch die Inzereien des geschlachteten Viehes zur selbständigen Verwertung gewinnen würde. Daß diese Versprechungen sachlich unerschütterlich waren, war für jeden Kenner der Verhältnisse klar. Eine telefonische Anfrage beim Reichsüberwachungsamt in Berlin hätte festgestellt, daß aus Gründen der Reichsfleischüberwachung die Durchgangsschlachtung nicht erwünscht sei und eine schriftliche Anfrage bei maßgebenden Stellen der Schweiz hätte gezeigt, daß diese sich ebenfalls des eigenen bodenständigen Handels und Gewerbes bediene!

Der eingeschobene Zwischenhandel beraubte die Karlsruher Metzger- und Verbraucherverbände des Segens der bayerischen Viehlieferung. Denn die Preise schneitern alsbald wieder auf die frühere Höhe zurück. Der umherziehende Viehmarktshändler ist buchstäblich das Epithelium für die deutsche Vieh- und Fleischversorgung. Er machte bisher alle Gefundungs-

maßnahmen der einzelnen Landesleitungen und örtlichen Preisprüfstellen und jede Preisbindung und Preisvereinbarung zwischen den Erzeugern, bodenständigen Händlern und Verbrauchern wirkungslos. Ja, der Schieberhandel wußte aus der günstigen Kaufgelegenheit in jenen Ländern, wo vereinbarte Preisbindung bestand, doppelten Gewinn zu ziehen, indem er daselbst alles erreichbare Vieh aufkaufte und dorthin schickte, wo höhere Preise galten. So verlangten alle örtlich festgesetzten Preise, selbst wenn sie größere Landgebiete umfaßten. So mußte Braunschweig, das als erster deutscher Bundesstaat „Angemessenheitspreise“ festlegte, schon nach vier Wochen die Sohle wieder aufgeben, weil zu den festgesetzten Preisen überhaupt kein Vieh mehr zu erhalten war. Die von Ort zu Ort, von Stall zu Stall schweifenden Schieber- und Schwarzschlächthändler hatten alles aufgekauft. Gleichermaßen mußte Stuttgart die Fleischpreise von 11 auf 14 M das Pfund erhöhen, weil die vereinbarten Viehpreise weder von den schweißenden Händlern, noch von den durch sie verführten Bauern eingehalten wurden. Auch in dem bayerischen Oberbayern wurden die vereinbarten Schlachtwildschweine vom wilden Handel nicht gerührt. So gar Bayern mußte trotz seiner verhältnismäßig guten Vieherhaltungslage und scharfer Strafverfolgung gegen den unlauteren Handel erleben, wie die Preise immer mehr zur Höhe der Weltmarktpreise, d. h. der Schieber-, Schmuggel- und Schwarzschlächtpreise, emporgetrieben wurden.

Nun ist Bayern des Raubbaus und des Preisstreibens durch die schweißenden Händler satt und hat, um wieder feste Preise zu erzielen, den landfremden Aufkäufern und Hausierern das Aufkaufrecht entzogen.

In genannter Sitzung wurden gegen die Vermittlungstätigkeit der Landwirtschaftskammer von Seiten der Schlachthöfe- und Innungs-Vorstände starke Bedenken vorgebracht: Doppelte Umsatzsteuer; das Vieh würde schlechter und teurer als durch die Vermittlung der Händler und bestellter Aufkäufer; der Landwirtschaftskammer fehle es an geeigneten sachkundigen Aufkäufern usw. Ob diese Bedenken berechtigt sind, soll hier nicht erörtert werden.

Wir haben von jeder den Standpunkt vertreten: die zur Landes-Innung zusammengefaßte Metzger-Innung sollte zu einer Aufkauf- und Versorgungs-Gesellschaft aus und nehme mit den Preisprüfstellen in Verbindung mit der Landwirtschaftskammer die Verteilung des Schlachtwildschweins wie auch die Vieheinfuhr aus Bayern und dem übrigen Reichsgebiet selber in die Hand. So erübrigt sich das Zwischenstück der Landwirtschaftskammer, die sich mit Schlachtwildschweinfleisch und Fleischversorgung eigentlich nicht zu beschäftigen braucht. Es bliebe auch die doppelte Umsatzsteuer erspart. Ein gegen Gehalt angestellter, vielleicht am Marktort selbst anfassiger Vertrauensmann der Landes-Innung könnte die Auswahl, Abnahme und Verteilung des Viehes an die verschiedenen Städte an Ort und Stelle regeln. Gewaltige Unkosten blieben erspart; Wucher, Preisstreiben und Verdrängung wären ausgeschlossen. Und sicher siehe die bayerische Regierung wegen solcher Regelung mit sich reden.

Besteht jedoch die bayerische Viehlieferung auf der Befragung der Sache durch die Landwirtschaftskammer, so muß eine Weise gefunden werden, welche die Landes-Innung als Haupt der landwirtschaftlichen Erzeugerfunktion zu einer Einheit und Arbeitsgemeinschaft beruht verbindet, daß die Landwirtschaftskammer nur das Vollzugsglied der Landesfleisch-Innung ist. So wäre auch die gewünschte unmittelbare Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern hergestellt. Diese Weise könnte auch die doppelte Besteuerung vermeiden; denn Landes-Innung und Landwirtschaftskammer stülten sich ja nicht als besondere gewerbetreibende Zwischenglieder, zwischen Käufer und Verkäufer dar, sondern nur als das Kopf- und Verteilungsglied der zur gemeinsamen Arbeit verbundenen Viehmarktsgesellschaft.

Zur Reform der inneren Verwaltung

Eine der dringendsten Fragen der inneren Politik Deutschlands ist die Reform der inneren Verwaltung. Schon lange vor dem Krieg im Anschluß an die Vorarbeiten zur Vereinfachung der Staatsverwaltung in Deutschland einer Reihe Staaten behandelt, konnte bisher Positives nicht erreicht werden. Nun wird durch die Verarmung unseres Volkes, durch die notwendige Umgestaltung der Länder und durch die Demokratisierung der Verwaltung die innere Verwaltungsreform eine akute Frage, so daß Vorarbeiten hierzu eine wertvolle Erleichterung der baldigt vorzunehmenden Reformen sind. Aus eine solche Vorarbeit ist die aus reicher Sachkenntnis herausgearbeitete Broschüre des Präsidenten des Badischen Verwaltungsgerichtshofes und demokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Karl G. v. d. O. (Geiselerberger Verlagsanstalt G. m. b. H.) zu begrüßen, der nach histori-

gen. Der übermäßigen Arbeitslast, der „Mechanisierung“ werden dadurch starkes Gegengewicht in Gestalt neuer und höherer Vereinigung der Kräfte geschaffen. Eine vermehrte Stoffkraft des Volksganges und weiter des Völkerebens ist daraus zu erhoffen.

Wie hieraus bereits ersichtlich, liegt es diesem ethischen Aufbauplan völlig fern, die Kräfte des einen Volkes gegen das andere auszuspielen, sondern die Volksgemeinschaft wird ihm „eine kommende Wirklichkeit“, die besonders Deutschland, so hart es auch unter der Fuchel der heutigen Träger des Völkerebens leidet, als „Schnupftuch“ einzupflanzen ist, denn, wie Kindermann pädagogisch den Weg zum Wiederanstieg weist, schreibt:

„Wir glauben an die soziale Liebe, an das Selbststreben nach immer höherem Gleichgewicht, an das Leben, die europäische Kulturgesellschaft und den sozialen Sinn von Deutschland und England. In dem Reize von Hoffen und Träumen meinen wir fast untergehen zu müssen. Ein Bildner- und Schöpfergeist wahr aber auch in der ungünstigsten Lage Geduld und Vertrauen. Deutschland und England im Gleichgewicht führen ein goldenes Zeitalter herauf; beide in dauerndem Kampfe geküßten Europa und den Glauben aller Völker an eine höhere Kultur. Deutschland an die Arbeit!“

Gutes aus Unem, das kann jeder Verständige bilden. Aber der Genius ruft Gutes aus Schlechtem hervor.

Sprüche

Laßt mich mit eurem Puffstum und euren gebildeten Leuten; sonst überall sind nur die Dummen dumm, in Deutschland auch die Weisheiten.

Viele Staatsmänner sind wie Adam vor dem Sündenfall — sie schämen sich nicht, ihre Wölven zu zeigen. Die Deutschen aber besitzen eine solche Hundedemut, daß sie sich vor einem Minister beugen, so lange er da ist, und wenn er fortgeht, nennen sie ihn einen Spitzhunden.

Auszeichnungen hier erwarde nie, denn das System verbeut's; man hängt das Kreuz nicht ans Genie, nein, das Genie ans Kreuz. Frz. Grillparzer.

gen Darlegungen im Anschluß an die geschichtliche Entwicklung der einzelnen Länder bei der Frage der Verwaltungsreform die Vereinfachung der Staatsverwaltung in den Vordergrund rückt. Hierbei kommt er zu 8 Vorschlägen, die wir kurz referierend nachstehend auszugsweise wiedergeben wollen:

1. Der Selbstverwaltung ist ein weitgehender Einfluß einzuräumen, der geübt werden kann dadurch, daß Selbstverwaltungsorganen im weitesten Umfang seitlich staatliche Aufgaben zur eigenen Verwaltung überwiesen werden. Neben den Gemeinden, Bezirken, Kreisen und Provinzen kommen hier in Betracht: Landwirtschafts-, Handwerks- und Handelskammern und sonstige gezielte Vertretungen der Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen, wobei die Ersparrung an Verwaltungskosten den weniger bedeutenden Gewinn darstellt gegenüber der Beförderung des Gemeingeistes und Bürgerstoffs. Für die Erleichterung der den staatlichen Verwaltungsbehörden vorbehaltenen Aufgaben der „reinen“ Staatsverwaltung sind in größerem Umfang als bisher Befugnisse zur Mitwirkung zu erteilen.

2. Die innere Verwaltung soll für den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde auch in Zukunft dem Vorsteher dieser Behörde überlassen bleiben, der regelmäßig die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst besitzen muß und von der Staatsregierung ernannt wird, wobei die Vertretung des Bezirks selbstverwaltungsorganen der Befugnis zu Vorschlägen hat.

3. Die Einteilung der Verwaltungsbezirke soll sich den heutigen Verkehrsverhältnissen anpassen und Veränderungen, die sich durch die Erleichterung von Nebenabgaben und sonstigen Verkehrsleistungen im Laufe der Zeit ergeben haben, berücksichtigen. Welchen Umfang die Verwaltungsbezirke haben sollen, läßt sich wohl nicht allgemein und für alle Länder gleichmäßig bestimmen, sondern hat Rücksicht auf die Geographie der Bevölkerung zu nehmen.

4. Die Einfügung einer Zwischeninstanz zwischen den unteren Verwaltungsbehörden und der Zentralbehörde (Ministerium) ist — abgesehen von Preußen, vielleicht auch von Bayern — einbedenklich und soweit solche Zwischeninstanzen bestehen — wie in Sachsen die Kreisoberamtsämter, in Württemberg die Kreisregierungen, in Baden der Verwaltungsrat, die Landes-, Kommunal- und die Oberämter des Wasser- und Straßensbaus, in Hessen der Provinzialdirektor — empfiehlt sich wohl Aufhebung.

Die Gründe, die selber — wie in Baden — gegen die Aufhebung dieser Zwischeninstanzen geltend gemacht wurden, bedürfen angesichts der heutigen finanziellen Notlage im Reich und in den Ländern doch wohl einer sehr kritischen Nachprüfung.

5. Für die Organisation der Selbstverwaltungsorgane scheint notwendig, daß jeder Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde zugleich höherer Verwaltungsorgan sein sollte. Der sämtliche Gemeinden des Bezirks mit Ausnahme der größeren Städte umfaßt. Da in Baden die für die Lebensmittellieferung gebildeten Kommunalverbände zum Teil genötigt waren, Anliegen aufzunehmen, werden sie ohnehin lebensfähig vorerst und vor der Tilgung dieser Anliegen nicht aufgehoben werden dürfen. Werden aber auch bei uns die Amtsbezirke als vorläufige Verbände erhalten und wird ihnen die Vertretung verliehen, neben den ihnen zur Verwaltung überwiesenen Aufgaben auch freiwillige Aufgaben der Selbstverwaltung zu übernehmen, so wäre damit Baden hinsichtlich der Organisation des den Gemeinden zunächst übergeordneten Selbstverwaltungsorgans den übrigen größeren deutschen Ländern gleichgestellt, was vom Standpunkt des gleichmäßigen Vollzugs der Reichsgeetze sicherlich gewisse Vorteile bieten würde.

Daß den zu Selbstverwaltungsverbänden ausgestatteten Bezirken zu gestatten ist, neben den ihnen durch die Gesetze zur eigenen Verwaltung zugewiesenen Aufgaben Einrichtungen und Anstalten aller Art zur Pflege gemeinsamer öffentlicher Interessen und Angelegenheiten der Einwohner des Bezirks errichten und zu betreiben, wird weiterer Begründung nicht bedürfen.

6. Kein Nebenamt wird dagegen bestehen, daß mehrere Bezirke sich zur Pflege bestimmter gemeinsamer öffentlicher Interessen und Angelegenheiten zu einem Bezirksverband zusammenschließen können, dem dann ebenfalls die Rechte einer Körperschaft beizulegen wären.

7. Da für manche Aufgaben der Selbstverwaltung die Bezirke zu klein sind, wird eine Zusammenfassung einer Anzahl von Bezirken und großen Städten zu einem Verband, höherer Ordnung, einem Provinzial- oder Kreisverband mit Rechten einer Körperschaft nötig sein, dessen Vertretungsorgan (Provinzialparlament, Kreisparlament) von den Selbstverwaltungsorganen und Bürgerausschüssen der zu diesem Selbstverwaltungsverband zusammengefaßten Bezirke und großen Städte zu wählen ist und, das seinerseits dann sein Verwaltungsorgan (Provinzialrat, Kreisoberamtsamt) und dessen Vorstehenden sowie die Mitglieder des Landesauschusses zu wählen hätte. Als Pflichtaufgabe dieses Selbstverwaltungsverbandes werden in Betracht kommen: das Straßenwesen, Nebenbahnen, Elektrizitätsversorgung, Fürsorge für Landarme und arme Ausländer, Geisteskranken, Taubstumme, Blinde usw.; all freiwillige Aufgaben Einrichtungen und Anstalten aller Art zur Pflege gemeinsamer öffentlicher Interessen und Angelegenheiten.

8. Im Zusammenhang mit der Neuorganisation der inneren Verwaltung wird auch die Verwaltungsgerichtsbarkeit einer Neuorganisation bedürfen. Empfohlen wird es sich, den Bezirksrat lediglich als Verwaltungsbehörde entstehen zu lassen, und gegen seine Verwaltungsentscheidungen die verwaltungsgerichtliche Klage zuzulassen, ein Weg, der in Baden auf dem Gebiete des Ortsbürgerrechts schon bei der Novelle vom Jahre 1908 bestritten wurde. Daß endlich neben der verwaltungsgerichtlichen Klage gegen Entscheidungen der Verwaltungsbehörde in allen Fällen die Entscheidung des zuständigen Ministers eingeholt werden kann, bedürfte schon wegen der politischen Verantwortlichkeit des Ministers für alle Entscheidungen der Verwaltungsbehörden, auch der unter Mitwirkung eines Landesrats ergangenen, gegen welche deshalb dem vorstehenden Verwaltungsbeamten die Einlegung des Rekurses im öffentlichen Interesse zugelassen werden muß — einer besonderen Hervorhebung, wenn nicht das geltende bayerische Recht in gewissen Fällen die Anrufung der höheren Verwaltungsbehörde ausdrücklich ausgeschlossen hätte, eine Bestimmung, die mit der politischen Verantwortlichkeit des Ministers nicht wohl vereinbar ist, und die deshalb auch in dem Entwurf der neuen badischen Gemeindeordnung mit Recht gestrichen ist.

Am Schluß seiner interessanten Abhandlung, zu der sich allerdings eine Reihe kritischer Ausführungen machen ließen, verweist der Verfasser noch die Annehmlichkeit der Heranziehung von Vätern zu dem obersten Landesverwaltungsgericht, das aus gemeinsamen für mehrere Länder bestellt werden könnte.

Kleine Nachrichten

Stuttgart. Wie der Völkereifer dem „Schwäbischen Merkur“ mitteilt, ist der Vergleichsverfuch für den dritten Bismarckband trotz allem Entgegenkommen des Verlags vollkommen gescheitert. Der Vertreter des früheren Kaisers erklärte aus grundsätzlichen Bedenken, auf den Vergleich nicht eingehen zu können.

Paris. Von den bei dem Grubenunglück auf der Zeche „Wesend“ bisher nicht ausfindig gemachten sechs Bergleuten, die vermißt werden, wird laut „Berliner Tageblatt“ angenommen, daß sie bei der Säuerarbeit von der Katastrophe überlebt wurden und daß sie in den weiter zurückliegenden eingestürzten Erdmäjen gefunden werden. Weder durch Rufen noch durch Klaffen hat mit ihnen eine Verbindung hergestellt werden können.

Überbach. Bisher verfielen nicht ausfindig gemachten sechs Bergleuten, die vermißt werden, wird laut „Berliner Tageblatt“ angenommen, daß sie bei der Säuerarbeit von der Katastrophe überlebt wurden und daß sie in den weiter zurückliegenden eingestürzten Erdmäjen gefunden werden. Weder durch Rufen noch durch Klaffen hat mit ihnen eine Verbindung hergestellt werden können.

Wege zum Aufbau

gr. Neben der äußeren Umformung unseres staatlichen und öffentlichen Seins im Sinne der sozialen Demokratie bildet die Neuorientierung des inneren Menschen in der Richtung eines höheren ethischen Seins, eine der dringendsten Erfordernisse unserer Zeit. Dieser Notwendigkeit sucht vor allem gerecht zu werden ein Werk des Hohenheimer Hochschullehrers Carl Kindermann: Die soziale Schöpferkraft im Aufbau Deutschlands und des Völkerebens (München; Verlag von Georg D. W. Callwey), in dem der Verfasser sich bemüht, neben den Wirtschaftsfaktoren vor allem die inneren Faktoren des Renaissances in den Vordergrund zu stellen. Wenn uns auch in unseren theoretischen Grundlagen und in der ganzen Betrachtungsweise vielerlei von Professor Kindermann trennt, so kann uns das doch nicht hindern, die hohe Ethiklichkeit zu bewundern, die aus seinen idealistisch gerichteten Plänen zum Renaissances spricht, den, wie er zutreffend erklärt, nicht „ein harter Mann“ machen kann, da unsere Entwicklungsstufe zu mannigfaltig hierzu ist, sondern entstehen muß aus der angespanntesten Arbeit der Gesamtheit. Hierfür müssen sich „jeder Mann und jede Frau, Alter und Jugend verantwortlich“ fühlen, damit daraus „die neue einheitsliche, vielgliedrige Gleichgewichtslage mit ihrer erhöhten Kraftentfaltung“ entstehe. Aus dieser Entfaltung aller Kräfte entstehen dann die Persönlichkeiten des deutschen Bundesstaates, die über die Mechanisierung unserer Zeit und der Vergangenheit hinweg, das Einzelindividuum gemäß folgender Formulierung zum Recht kommen lassen:

„Was das Leben im alten Deutschland immer unerträglich für Millionen machte, war das dumpfe Gefühl, daß man nur Objekt sei, daß man nur ein nichtstehendes Stück eines unverständigen, alles verschlingenden Miesentiers darstelle. Alle demokratischen und sozialen Reformen im jungen Volksstaat zielen mit darauf ab, diese Zerkleinerung der Menschen zu hemmen und Millionen Persönlichkeitswerte zu schaffen. Je höher die Entwicklung der Menschen zu Persönlichkeiten, zu kleinsten Selbstverwaltungsorganen ist, welche in Selbstzucht mit dem Volkleben, dem Völkereben, dem Weltgange zusammenwirken, desto größere Spaltung und Sammlung der Kräfte läßt sich erzielen. Wir stehen in dem denkwürdigen Uebergang vom Bürger zum Volkstaat und damit im Beginn der Verwirklichung des Strebens, daß die Menge entmenscht wird, daß Persönlichkeiten auch in weitesten Kreisen zur Anlage und Entwicklung gelang-

Berlin. (Folgen ein...)

Die M... (Folgen ein...)

Freib... (Folgen ein...)

Den der... (Folgen ein...)

unter den... (Folgen ein...)

unter dem... (Folgen ein...)

Man... (Folgen ein...)

W... (Folgen ein...)

Engen... (Folgen ein...)

W... (Folgen ein...)

Wir bieten als äusserst

Preiswert

an:

ca. 88 cm Cheviot,	reinwolle, blau und schwarz	Mk. 49.-
ca. 130 cm Cheviot,	Diagonal, schwarz	Mk. 49.-
ca. 90 cm Fischgrat,	reinwolle, mit Nadolstreifen	Mk. 65.-
ca. 90 cm Serge,	reinwolle, schwere Ware	Mk. 70.-
ca. 95 cm Popelin	in 15 modernen Farben	Mk. 85.-
ca. 130 cm Cheviot,	reinwolle, blau und schwarz	Mk. 75.-
ca. 140 cm Cheviot,	blau und schwarz, für Herrenkleidung	Mk. 110.-
ca. 140 cm Melton,	blau und schwarz	Mk. 90.-, 85.-, 68.-

Ferner: 2454

Dirndl-Stoffe

in farbenprächtiger Auswahl

Leipheimer & Mende

Palast-Theater

Moderne Lichtspielbühne
Herrenstr. 11 Telefon 2502

Nur 3 Tage!

Die sieben Todsünden

Eine kuriose Geschichte nach einem Roman von Fedor von Zobolitz. — 5 Akte.

In den Hauptrollen:
Manja Tzatschewa
Johannes Riemann
Heinrich Peer.

Die Frau im Doktorhut

mit 2457

Lotte Neumann.

Lustspiel in vier Akten.

der hervorragende Schuhputz

in der altbewährten Qualität
jetzt wieder überall erhältlich.

Hersteller:
Adolf Krebs
Mannheim

Verlangen Sie überall Pilo-Extra (friedensmässig hergestellt).

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 2. Februar, abends 7/8 Uhr, im „Elefanten“, Kaiserstr. 42

Haupt-Verammlung.

Tagesordnung:
„Die gegenwärtige Weltwirtschafts-Krise und die Wiedergutmachungsfrage“
Referent: Genosse Dr. E. Kraus, Landtagsabgeordneter und Redakteur aus Heidelberg.
„Die politische Situation“
Referent: Genosse Gg. Schöpflin, Reichstagsabg.
Dazu sind die Genossinnen und Genossen mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands

Verzweigung Karlsruhe

Hält am 4. Februar, abends 8 Uhr, in der Wirtschaft zum „Kronensfels“, Kronenstr. 44, eine

Öffentliche Protestversammlung

ab, in welcher Arbeitersekretär Erb referiert über das Thema:
„Die Notlage der Invaliden und ihre Verpflegung.“

Es ist Pflicht eines jeden Invaliden beider Geschlechter, auch Anfallrentner, in derselben zu erscheinen. Wir fordern hierzu die ganze Arbeiterklasse, Beamten, sowie Kriegsbeschädigten an, uns durch Besuch dieser Protestversammlung zu unterstützen, um zu zeigen, daß auch ihr Herz für die Vermittler der Armen schlägt.
Der Einberufer.

Sozialdemokrat. Geistesarbeiter

(Werbegruppe Karlsruhe)

Am Freitag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, Lichtbilder-Vortrag

mit Diskussion in der Volkshochschule (Hörsaal für Naturwissenschaften), Eingang Gartenstraße.

Eintritt 1 Kart.

Thema: „Das Wesen der Gewerbeaufsicht“.

Referent: Herr Gewerbeamt (Gewerbeaufsicht).

Die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Arbeitgeber sind herzlich eingeladen.
2491

In den hiesigen Werkstätten werden fortlaufend ausgegeben: 269

Gute bayerische Würstchen
1 Kilo-Würste zum Preis von 9.- M.
2 Kilo-Würste zum Preis von 18.- M.

la. Cornedbeef
kleine Büchse (1 engl. Pfund) 7.50 M.
große Büchse (6 engl. Pfund) 46.- M.
im Ausschütt das Pfund zu 8.50 M.
Karlsruhe, den 27. Januar 1921.
Städtisches Schlacht- und Viehhof-Amt.

Schweineschmalz

Pfd. 14.-

Pflanzenfett	Bohnen
in Tafeln 14.50	weiß 1.90
Reis	Erbsen
„ 3.25 3.75 4.25	gr. u. gelb 2.50
Kaffee	Dörrobst
von 23.- an	„ 4.50 und 5.-

Mathias Reis Marienstr. 9
Telefon 5093.

Bekanntmachung.

Die Anhaber der im Monat Juni 1920 unter Nr. 8829 bis mit Nr. 11366 angelegten beabsichtigten Grundstücke werden hiermit aufgefordert, ihre Forderungen bis längstens 11. Feb. 1921 anzumelden oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Forderungen zur Verjährung gebracht werden.
284
Karlsruhe, 1. Febr. 1921.
Städt. Pfandleihkasse.

Zentral-Verband der Angehörigen

Ztg. Berlin, Bezirksgruppe Karlsruhe.
Tel. 5068. Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 18 II.
Sprechstunden von 1-5 Uhr nachm. außer Montags.

Donnerstag, den 3. Februar, abends 7/8 Uhr, im Saale der Brauerei Ammerer, Waldhornstraße.

Mittel-Verammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtrat Rechtsanwält Dr. Kullmann über „Die Sozialversicherung der Beschäftigten“. 2. Geschäfts- und Kassenbericht über das 4. Quartal 1920. 3. Bericht über den Zutritt haben nur Mitglieder. Mit Ausnahme gilt das Mitgliedsbuch. Die Disziplinierung.

Geschäfts-Verlegung und Empfehlung!

Einer verehrlichen Nachbarschaft, sowie Freunden und Gönnern diene zur Nachricht, dass ich ab 1. Febr. das

Restaurant

„Zum Prinz Luitpold“

Ecke Karl- und Neue Bahnhofstraße
kläglich erworben habe. 2460

Kempfle prima hausgemachte Wurstwaren, reine Weine, vorzügliche Küche, Münchener und Schenck-Prinz-Biere.

Um geneigten Zuspruch bittet

Rudolf Bundschuh

früher Wirt „Zum Burghof“

Reinigung der Wasserrohrstränge.

Vom Montag, den 24. Januar bis Freitag, den 4. Februar 1921 wird die mechanische Reinigung der Wasserrohrstränge in der Mollstr. zwischen Friedhof- und Kaufmannstr., Grabhofstr., Verkstr., Kochstr., Südl. Hildpromenade, Lessingstr. zwischen Sophien- und Kriegstr., Grenzstr., Goethestr. zwischen Scheffel- und Römerstr., Körnerstr., Neckenstr., Gutenbergstr., Kriegsstr. zwischen Westend- und Lessingstr., Sofienstr. zwischen Westend- und Scheffelstr., sowohl tagsüber, wie auch nachts vorgenommen.
204

Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Erdrungen des Wassers auch in den entfernteren Rohrleitungen nicht vermeiden; zeitweiliges Ausbleiben des Wassers, namentlich in den über gelegenen Gebäuden, ist nicht ausgeschlossen.
Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Verkauf von

Alt- u. Neu-Möbel

Beschreibung ohne Kaufmannszeichnung erwünscht.

Karl Rauh,

Preherstr. 2, Preherstr. 3.

„Nissin“

Kopfläuse

gegen Nihts anderes nehmen!
Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Erläuterung der Maul- und Klauenseuche.
Die für den Stall der Firma Richter u. Co. in der Gottesackerstraße angeordneten Sperremaßnahmen werden mit Wirkung vom 27. Jan. 1921 ab wieder aufgehoben.
288
Karlsruhe, den 29. Jan. 1921. O. J. 14
Bad Bezirksamt. — Polizeidirektion c.

Durlacher Anzeigen.

Der Kommunalverband Durlach-Stadt bringt nachstehende Textil- und Lederwaren, um damit zu räumen, zu bedeutend ermäßigten Preisen zum Verkauf.

Ram. Haarstrahlen Hausschuhe Nr. 23-42.
Kinderleiderhüte Nr. 27-36.
Getragene graue Militärblusen.
Getragene Militärhütel.
Kinder-Anzüge Nr. 1-5.
Jünglingsanzüge Nr. 44.
Männeranzüge Nr. 46-54.
Männerüberzieher.
Männerkleiderstoff.

Verkauf an Jedermann in der Textil- u. Lederwarenabteilung, Kaiserstr. 11, gegenüber dem Schloßplatz gegenüber dem Kartenspiel.

Kommunalverband Durlach-Stadt.
Textil- und Lederwarenabteilung.

Kastatter Anzeigen.

Die Stadtgemeinde Kastatt benötigt für ihr Spital einen Krankentransportwagen.
Angebote mit Beschrieb und Preisliste sind an das unterzeichnete Bürgermeistertum zu richten.
Kastatt, den 28. Januar 1921.
Das Bürgermeistertum.
Kreuzer

Schreib Sie schlecht,

dann verbessern Sie doch ihre Handschrift durch den bekannten Spezialisten F. Beck, Karlsruhe, Lessingstr. 78. (Honorar 35 M.) Tages- u. Abendkurse Deutsch-Latein-Rund-schrift. — (Auswärts beifriedlich)

Städt. Arbeitsamt Bruchsal

(Bezirksarbeitsamt Kreis).
Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalter, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kaufmann (Kassensachmann), 1 Werkmeister für Apparatebau, 2 Ankerführer, 1 Ankerführer-Meister, ein Prüffeldmonteur, 1 Küchenschef, 10 Arbeiterfortier.

Stellen suchen: 3 Gärtner, 2 Schmiede, 3 Tischler, 1 Blechler und Metallarbeiter, 1 Eisenarbeiter, 21 Maschinenführer, 4 Redakteure, 5 Elektro-Hilfsarbeiter, 1 Blagener, 5 Sattler und Tapeziere, 1 Wägenmacher, 2 Bader, 2 Metzger, 3 Schneider, 3 Schuhmacher, 2 Zimmerer, 9 Maler, 25 Postkammerarbeiter, 150 Hilfsarbeiter, 25 Kaufmänniker Art.

Weibliche Abteilung.
Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalterinnen, 2 gartenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kassensachmannin, 1 Werkmeisterin für Apparatebau, 2 Ankerführerinnen, 1 Ankerführerinnen-Meisterin, ein Prüffeldmonteurin, 1 Küchenschefin, 10 Arbeiterfortierinnen.

Stellen suchen: 3 Gärtnerinnen, 2 Schmiedinnen, 3 Tischlerinnen, 1 Blechlerin und Metallarbeiterin, 1 Eisenarbeiterin, 21 Maschinenführerinnen, 4 Redakteurinnen, 5 Elektro-Hilfsarbeiterinnen, 1 Blagenerin, 5 Sattlerinnen und Tapeziererinnen, 1 Wägenmacherin, 2 Baderinnen, 2 Metzgerinnen, 3 Schneiderinnen, 3 Schuhmacherinnen, 2 Zimmererinnen, 9 Malerinnen, 25 Postkammerarbeiterinnen, 150 Hilfsarbeiterinnen, 25 Kaufmännikerinnen Art.

Angesiedert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte.
Bruchsal, den 29. Januar 1921.

Schreiben Sie schlecht,

dann verbessern Sie doch ihre Handschrift durch den bekannten Spezialisten F. Beck, Karlsruhe, Lessingstr. 78. (Honorar 35 M.) Tages- u. Abendkurse Deutsch-Latein-Rund-schrift. — (Auswärts beifriedlich)

Kragen

-Wäscherei Schorpp

liefert schnellsten

Annahmestellen:
Karlsruhe: Nordhardtstraße 8
Kaiserstr. 34 u. 243
Gerwigstraße 46
Amalienstraße 15
Waldstraße 18
Wilhelmstraße 32
Augustastr. 13
Schillerstraße 18
Kaiserstr. 37
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstraße 11
Durlach: Hauptstr. 18.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Wörter-Schwein

mit 9 Jungen zu verkaufen
Ed. Seidel, Durlach.

Schweinemarkt in Raftatt.

Wir bringen zur Kenntnis, daß der Schweinemarkt in Raftatt von Donnerstag, den 3. Februar an wieder allwöchentlich abgehalten wird.
Raftatt, den 1. Februar 1921.
Bürgermeisteramt.

Aborddinger-Ver-eigerung.

Die Stadtgemeinde Raftatt läßt am Donnerstag, den 3. Februar, vorm. 10/12 Uhr, den im Jahre 1921 sich ergebenden Aborddinger von der Leopoldstraße II an Ort und Stelle öffentlich versteigern.
Raftatt, den 31. Januar 1921.
Das Bürgermeisteramt.

Bruchsaler Anzeigen.

Es ist uns Gelegenheit geboten, einen großen Posten

Entlastungsanzüge (Mäntel, Ätzer und Schürzen)

aus militärischen Beständen zwecks weiterer Veräußerung zu billigen Preisen an die mündelberechtigte Bevölkerung zu erwerben.

Diesigen Personen, welche auf diese Weise reflektieren, wollen sich zwecks Aufnahme in die Bedarfsliste

am Mittwoch, den 2. Februar 1921 und Donnerstag, den 3. Februar 1921 jeweils vormittags von 9 bis 11 Uhr im hiesigen Büroräumchen Nummer 22 melden.
Bruchsal, den 1. Februar 1921.
Städt. Büroräumchen.

Kohlen-Ausgabe.

Am Freitag, den 4. Februar, wird bei nachstehend aufgeführten Kohlenhandlungen auf den Monatsmarkt Februar 1921, Abschnitt I für Küchen- und Zimmerbrand Brennmaterial abgegeben.

Bei J. Besthalt an die Kunden von Nr. 41 bis Nr. 181 je zwei Zentner Unionsbriketts.

Bei J. Gembauer an die Kunden von Nr. 181 bis 697 je zwei Zentner Unionsbriketts.

Das Brennmaterial muß bis zum 11. Februar abgeholt sein, andernfalls daselbst an weitere Kunden abgegeben wird. Angehörige der schwierigen Kohlenlage wird sofortige Übernahme der aufgerufenen Mengen empfohlen, da eine nachträgliche Lieferung nicht erfolgen kann.
Bruchsal, den 2. Februar 1921.
Ortskohlenstelle.

Städt. Arbeitsamt Bruchsal

(Bezirksarbeitsamt Kreis).
Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalter, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kaufmann (Kassensachmann), 1 Werkmeister für Apparatebau, 2 Ankerführer, 1 Ankerführer-Meister, ein Prüffeldmonteur, 1 Küchenschef, 10 Arbeiterfortier.

Stellen suchen: 3 Gärtner, 2 Schmiede, 3 Tischler, 1 Blechler und Metallarbeiter, 1 Eisenarbeiter, 21 Maschinenführer, 4 Redakteure, 5 Elektro-Hilfsarbeiter, 1 Blagener, 5 Sattler und Tapeziere, 1 Wägenmacher, 2 Bader, 2 Metzger, 3 Schneider, 3 Schuhmacher, 2 Zimmerer, 9 Maler, 25 Postkammerarbeiter, 150 Hilfsarbeiter, 25 Kaufmänniker Art.

Weibliche Abteilung.
Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalterinnen, 2 gartenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kassensachmannin, 1 Werkmeisterin für Apparatebau, 2 Ankerführerinnen, 1 Ankerführerinnen-Meisterin, ein Prüffeldmonteurin, 1 Küchenschefin, 10 Arbeiterfortierinnen.

Stellen suchen: 3 Gärtnerinnen, 2 Schmiedinnen, 3 Tischlerinnen, 1 Blechlerin und Metallarbeiterin, 1 Eisenarbeiterin, 21 Maschinenführerinnen, 4 Redakteurinnen, 5 Elektro-Hilfsarbeiterinnen, 1 Blagenerin, 5 Sattlerinnen und Tapeziererinnen, 1 Wägenmacherin, 2 Baderinnen, 2 Metzgerinnen, 3 Schneiderinnen, 3 Schuhmacherinnen, 2 Zimmererinnen, 9 Malerinnen, 25 Postkammerarbeiterinnen, 150 Hilfsarbeiterinnen, 25 Kaufmännikerinnen Art.

Angesiedert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte.
Bruchsal, den 29. Januar 1921.

Städt. Arbeitsamt Bruchsal

(Bezirksarbeitsamt Kreis).
Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalter, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kaufmann (Kassensachmann), 1 Werkmeister für Apparatebau, 2 Ankerführer, 1 Ankerführer-Meister, ein Prüffeldmonteur, 1 Küchenschef, 10 Arbeiterfortier.

Stellen suchen: 3 Gärtner, 2 Schmiede, 3 Tischler, 1 Blechler und Metallarbeiter, 1 Eisenarbeiter, 21 Maschinenführer, 4 Redakteure, 5 Elektro-Hilfsarbeiter, 1 Blagener, 5 Sattler und Tapeziere, 1 Wägenmacher, 2 Bader, 2 Metzger, 3 Schneider, 3 Schuhmacher, 2 Zimmerer, 9 Maler, 25 Postkammerarbeiter, 150 Hilfsarbeiter, 25 Kaufmänniker Art.

Weibliche Abteilung.
Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalterinnen, 2 gartenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kassensachmannin, 1 Werkmeisterin für Apparatebau, 2 Ankerführerinnen, 1 Ankerführerinnen-Meisterin, ein Prüffeldmonteurin, 1 Küchenschefin, 10 Arbeiterfortierinnen.

Stellen suchen: 3 Gärtnerinnen, 2 Schmiedinnen, 3 Tischlerinnen, 1 Blechlerin und Metallarbeiterin, 1 Eisenarbeiterin, 21 Maschinenführerinnen, 4 Redakteurinnen, 5 Elektro-Hilfsarbeiterinnen, 1 Blagenerin, 5 Sattlerinnen und Tapeziererinnen, 1 Wägenmacherin, 2 Baderinnen, 2 Metzgerinnen, 3 Schneiderinnen, 3 Schuhmacherinnen, 2 Zimmererinnen, 9 Malerinnen, 25 Postkammerarbeiterinnen, 150 Hilfsarbeiterinnen, 25 Kaufmännikerinnen Art.

Angesiedert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte.
Bruchsal, den 29. Januar 1921.

Städt. Arbeitsamt Bruchsal

(Bezirksarbeitsamt Kreis).
Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalter, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kaufmann (Kassensachmann), 1 Werkmeister für Apparatebau, 2 Ankerführer, 1 Ankerführer-Meister, ein Prüffeldmonteur, 1 Küchenschef, 10 Arbeiterfortier.

Stellen suchen: 3 Gärtner, 2 Schmiede, 3 Tischler, 1 Blechler und Metallarbeiter, 1 Eisenarbeiter, 21 Maschinenführer, 4 Redakteure, 5 Elektro-Hilfsarbeiter, 1 Blagener, 5 Sattler und Tapeziere, 1 Wägenmacher, 2 Bader, 2 Metzger, 3 Schneider, 3 Schuhmacher, 2 Zimmerer, 9 Maler, 25 Postkammerarbeiter, 150 Hilfsarbeiter, 25 Kaufmänniker Art.

Weibliche Abteilung.
Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalterinnen, 2 gartenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kassensachmannin, 1 Werkmeisterin für Apparatebau, 2 Ankerführerinnen, 1 Ankerführerinnen-Meisterin, ein Prüffeldmonteurin, 1 Küchenschefin, 10 Arbeiterfortierinnen.

Stellen suchen: 3 Gärtnerinnen, 2 Schmiedinnen, 3 Tischlerinnen, 1 Blechlerin und Metallarbeiterin, 1 Eisenarbeiterin, 21 Maschinenführerinnen, 4 Redakteurinnen, 5 Elektro-Hilfsarbeiterinnen, 1 Blagenerin, 5 Sattlerinnen und Tapeziererinnen, 1 Wägenmacherin, 2 Baderinnen, 2 Metzgerinnen, 3 Schneiderinnen, 3 Schuhmacherinnen, 2 Zimmererinnen, 9 Malerinnen, 25 Postkammerarbeiterinnen, 150 Hilfsarbeiterinnen, 25 Kaufmännikerinnen Art.

Angesiedert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte.
Bruchsal, den 29. Januar 1921.

Städt. Arbeitsamt Bruchsal

(Bezirksarbeitsamt Kreis).
Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalter, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kaufmann (Kassensachmann), 1 Werkmeister für Apparatebau, 2 Ankerführer, 1 Ankerführer-Meister, ein Prüffeldmonteur, 1 Küchenschef, 10 Arbeiterfortier.

Stellen suchen: 3 Gärtner, 2 Schmiede, 3 Tischler, 1 Blechler und Metallarbeiter, 1 Eisenarbeiter, 21 Maschinenführer, 4 Redakteure, 5 Elektro-Hilfsarbeiter, 1 Blagener, 5 Sattler und Tapeziere, 1 Wägenmacher, 2 Bader, 2 Metzger, 3 Schneider, 3 Schuhmacher, 2 Zimmerer, 9 Maler, 25 Postkammerarbeiter, 150 Hilfsarbeiter, 25 Kaufmänniker Art.

Weibliche Abteilung.
Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalterinnen, 2 gartenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kassensachmannin, 1 Werkmeisterin für Apparatebau, 2 Ankerführerinnen, 1 Ankerführerinnen-Meisterin, ein Prüffeldmonteurin, 1 Küchenschefin, 10 Arbeiterfortierinnen.

Stellen suchen: 3 Gärtnerinnen, 2 Schmiedinnen, 3 Tischlerinnen, 1 Blechlerin und Metallarbeiterin, 1 Eisenarbeiterin, 21 Maschinenführerinnen, 4 Redakteurinnen, 5 Elektro-Hilfsarbeiterinnen, 1 Blagenerin, 5 Sattlerinnen und Tapeziererinnen, 1 Wägenmacherin, 2 Baderinnen, 2 Metzgerinnen, 3 Schneiderinnen, 3 Schuhmacherinnen, 2 Zimmererinnen, 9 Malerinnen, 25 Postkammerarbeiterinnen, 150 Hilfsarbeiterinnen, 25 Kaufmännikerinnen Art.

Angesiedert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte.
Bruchsal, den 29. Januar 1921.

Städt. Arbeitsamt Bruchsal

(Bezirksarbeitsamt Kreis).
Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalter, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kaufmann (Kassensachmann), 1 Werkmeister für Apparatebau, 2 Ankerführer, 1 Ankerführer-Meister, ein Prüffeldmonteur, 1 Küchenschef, 10 Arbeiterfortier.

Stellen suchen: 3 Gärtner, 2 Schmiede, 3 Tischler, 1 Blechler und Metallarbeiter, 1 Eisenarbeiter, 21 Maschinenführer, 4 Redakteure, 5 Elektro-Hilfsarbeiter, 1 Blagener, 5 Sattler und Tapeziere, 1 Wägenmacher, 2 Bader, 2 Metzger, 3 Schneider, 3 Schuhmacher, 2 Zimmerer, 9 Maler, 25 Postkammerarbeiter, 150 Hilfsarbeiter, 25 Kaufmänniker Art.

Weibliche Abteilung.
Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalterinnen, 2 gartenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kassensachmannin, 1 Werkmeisterin für Apparatebau, 2 Ankerführerinnen, 1 Ankerführerinnen-Meisterin, ein Prüffeldmonteurin, 1 Küchenschefin, 10 Arbeiterfortierinnen.

Stellen suchen: 3 Gärtnerinnen, 2 Schmiedinnen, 3 Tischlerinnen, 1 Blechlerin und Metallarbeiterin, 1 Eisenarbeiterin, 21 Maschinenführerinnen, 4 Redakteurinnen, 5 Elektro-Hilfsarbeiterinnen, 1 Blagenerin, 5 Sattlerinnen und Tapeziererinnen, 1 Wägenmacherin, 2 Baderinnen, 2 Metzgerinnen, 3 Schneiderinnen, 3 Schuhmacherinnen, 2 Zimmererinnen, 9 Malerinnen, 25 Postkammerarbeiterinnen, 150 Hilfsarbeiterinnen, 25 Kaufmännikerinnen Art.

Angesiedert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte.
Bruchsal, den 29. Januar 1921.

Städt. Arbeitsamt Bruchsal

(Bezirksarbeitsamt Kreis).
Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalter, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kaufmann (Kassensachmann), 1 Werkmeister für Apparatebau, 2 Ankerführer, 1 Ankerführer-Meister, ein Prüffeldmonteur, 1 Küchenschef, 10 Arbeiterfortier.

Stellen suchen: 3 Gärtner, 2 Schmiede, 3 Tischler, 1 Blechler und Metallarbeiter, 1 Eisenarbeiter, 21 Maschinenführer, 4 Redakteure, 5 Elektro-Hilfsarbeiter, 1 Blagener, 5 Sattler und Tapeziere, 1 Wägenmacher, 2 Bader, 2 Metzger, 3 Schneider, 3 Schuhmacher, 2 Zimmerer, 9 Maler, 25 Postkammerarbeiter, 150 Hilfsarbeiter, 25 Kaufmänniker Art.

Weibliche Abteilung.
Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalterinnen, 2 gartenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kassensachmannin, 1 Werkmeisterin für Apparatebau, 2 Ankerführerinnen, 1 Ankerführerinnen-Meisterin, ein Prüffeldmonteurin, 1 Küchenschefin, 10 Arbeiterfortierinnen.

Stellen suchen: 3 Gärtnerinnen, 2 Schmiedinnen, 3 Tischlerinnen, 1 Blechlerin und Metallarbeiterin, 1 Eisenarbeiterin, 21 Maschinenführerinnen, 4 Redakteurinnen, 5 Elektro-Hilfsarbeiterinnen, 1 Blagenerin, 5 Sattlerinnen und Tapeziererinnen, 1 Wägenmacherin, 2 Baderinnen, 2 Metzgerinnen, 3 Schneiderinnen, 3 Schuhmacherinnen, 2 Zimmererinnen, 9 Malerinnen, 25 Postkammerarbeiterinnen, 150 Hilfsarbeiterinnen, 25 Kaufmännikerinnen Art.

Angesiedert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte.
Bruchsal, den 29. Januar 1921.

Städt. Arbeitsamt Bruchsal

(Bezirksarbeitsamt Kreis).
Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalter, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kaufmann (Kassensachmann), 1 Werkmeister für Apparatebau, 2 Ankerführer, 1 Ankerführer-Meister, ein Prüffeldmonteur, 1 Küchenschef, 10 Arbeiterfortier.

Stellen suchen: 3 Gärtner, 2 Schmiede, 3 Tischler, 1 Blechler und Metallarbeiter, 1 Eisenarbeiter, 21 Maschinenführer, 4 Redakteure, 5 Elektro-Hilfsarbeiter, 1 Blagener, 5 Sattler und Tapeziere, 1 Wägenmacher, 2 Bader, 2 Metzger, 3 Schneider, 3 Schuhmacher, 2 Zimmerer, 9 Maler, 25 Postkammerarbeiter, 150 Hilfsarbeiter, 25 Kaufmänniker Art.

Weibliche Abteilung.
Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalterinnen, 2 gartenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kassensachmannin, 1 Werkmeisterin für Apparatebau, 2 Ankerführerinnen, 1 Ankerführerinnen-Meisterin, ein Prüffeldmonteurin, 1 Küchenschefin, 10 Arbeiterfortierinnen.

Stellen suchen: 3 Gärtnerinnen, 2 Schmiedinnen, 3 Tischlerinnen, 1 Blechlerin und Metallarbeiterin, 1 Eisenarbeiterin, 21 Maschinenführerinnen, 4 Redakteurinnen, 5 Elektro-Hilfsarbeiterinnen, 1 Blagenerin, 5 Sattlerinnen und Tapeziererinnen, 1 Wägenmacherin, 2 Baderinnen, 2 Metzgerinnen, 3 Schneiderinnen, 3 Schuhmacherinnen, 2 Zimmererinnen, 9 Malerinnen, 25 Postkammerarbeiterinnen, 150 Hilfsarbeiterinnen, 25 Kaufmännikerinnen Art.

Angesiedert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte.
Bruchsal, den 29. Januar 1921.

Städt. Arbeitsamt Bruchsal

(Bezirksarbeitsamt Kreis).
Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalter, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kaufmann (Kassensachmann), 1 Werkmeister für Apparatebau, 2 Ankerführer, 1 Ankerführer-Meister, ein Prüffeldmonteur, 1 Küchenschef, 10 Arbeiterfortier.

Stellen suchen: 3 Gärtner, 2 Schmiede, 3 Tischler, 1 Blechler und Metallarbeiter, 1 Eisenarbeiter, 21 Maschinenführer, 4 Redakteure, 5 Elektro-Hilfsarbeiter, 1 Blagener, 5 Sattler und Tapeziere, 1 Wägenmacher, 2 Bader, 2 Metzger, 3 Schneider, 3 Schuhmacher, 2 Zimmerer, 9 Maler, 25 Postkammerarbeiter, 150 Hilfsarbeiter, 25 Kaufmänniker Art.

Weibliche Abteilung.
Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalterinnen, 2 gartenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kassensachmannin, 1 Werkmeisterin für Apparatebau, 2 Ankerführerinnen, 1 Ankerführerinnen-Meisterin, ein Prüffeldmonteurin, 1 Küchenschefin, 10 Arbeiterfortierinnen.

Stellen suchen: 3 Gärtnerinnen, 2 Schmiedinnen, 3 Tischlerinnen, 1 Blechlerin und Metallarbeiterin, 1 Eisenarbeiterin, 21 Maschinenführerinnen, 4 Redakteurinnen, 5 Elektro-Hilfsarbeiterinnen, 1 Blagenerin, 5 Sattlerinnen und Tapeziererinnen, 1 Wägenmacherin, 2 Baderinnen, 2 Metzgerinnen, 3 Schneiderinnen, 3 Schuhmacherinnen, 2 Zimmererinnen, 9 Malerinnen, 25 Postkammerarbeiterinnen, 150 Hilfsarbeiterinnen, 25 Kaufmännikerinnen Art.

Angesiedert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte.
Bruchsal, den 29. Januar 1921.

Städt. Arbeitsamt Bruchsal

(Bezirksarbeitsamt Kreis).
Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalter, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kaufmann (Kassensachmann), 1 Werkmeister für Apparatebau, 2 Ankerführer, 1 Ankerführer-Meister, ein Prüffeldmonteur, 1 Küchenschef, 10 Arbeiterfortier.

Stellen suchen: 3 Gärtner, 2 Schmiede, 3 Tischler, 1 Blechler und Metallarbeiter, 1 Eisenarbeiter, 21 Maschinenführer, 4 Redakteure, 5 Elektro-Hilfsarbeiter, 1 Blagener, 5 Sattler und Tapeziere, 1 Wägenmacher, 2 Bader, 2 Metzger, 3 Schneider, 3 Schuhmacher, 2 Zimmerer, 9 Maler, 25 Postkammerarbeiter, 150 Hilfsarbeiter, 25 Kaufmänniker Art.

Weibliche Abteilung.
Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalterinnen, 2 gartenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kassensachmannin, 1 Werkmeisterin für Apparatebau, 2 Ankerführerinnen, 1 Ankerführerinnen-Meisterin, ein Prüffeldmonteurin, 1 Küchenschefin, 10 Arbeiterfortierinnen.

Stellen suchen: 3 Gärtnerinnen, 2 Schmiedinnen, 3 Tischlerinnen, 1 Blechlerin und Metallarbeiterin, 1 Eisenarbeiterin, 21 Maschinenführerinnen, 4 Redakteurinnen, 5 Elektro-Hilfsarbeiterinnen, 1 Blagenerin, 5 Sattlerinnen und Tapeziererinnen, 1 Wägenmacherin, 2 Baderinnen, 2 Metzgerinnen, 3 Schneiderinnen, 3 Schuhmacherinnen, 2 Zimmererinnen, 9 Malerinnen, 25 Postkammerarbeiterinnen, 150 Hilfsarbeiterinnen, 25 Kaufmännikerinnen Art.

Angesiedert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte.
Bruchsal, den 29. Januar 1921.

Städt. Arbeitsamt Bruchsal

(Bezirksarbeitsamt Kreis).
Männliche Abteilung.

Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalter, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kaufmann (Kassensachmann), 1 Werkmeister für Apparatebau, 2 Ankerführer, 1 Ankerführer-Meister, ein Prüffeldmonteur, 1 Küchenschef, 10 Arbeiterfortier.

Stellen suchen: 3 Gärtner, 2 Schmiede, 3 Tischler, 1 Blechler und Metallarbeiter, 1 Eisenarbeiter, 21 Maschinenführer, 4 Redakteure, 5 Elektro-Hilfsarbeiter, 1 Blagener, 5 Sattler und Tapeziere, 1 Wägenmacher, 2 Bader, 2 Metzger, 3 Schneider, 3 Schuhmacher, 2 Zimmerer, 9 Maler, 25 Postkammerarbeiter, 150 Hilfsarbeiter, 25 Kaufmänniker Art.

Weibliche Abteilung.
Offene Stellen: 2 jüngere Buchhalterinnen, 2 gartenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 Wägenmacherinnen, 2 perfekte Steinopplern, 1 Kassensachmannin, 1 Werkmeisterin für Apparatebau, 2 Ankerführerinnen, 1 Ankerführerinnen-Meisterin, ein Prüffeldmonteurin, 1 Küchenschefin, 10 Arbeiterfortierinnen.

Stellen suchen: 3 Gärtnerinnen, 2 Schmiedinnen, 3 Tischlerinnen, 1 Blechlerin und Metallarbeiterin, 1 Eisenarbeiterin, 21 Maschinenführerinnen, 4 Redakteurinnen, 5 Elektro-Hilfsarbeiterinnen, 1 Blagenerin, 5 Sattlerinnen und Tapeziererinnen, 1 Wägenmacherin, 2 Baderinnen, 2 Metzgerinnen, 3 Schneiderinnen, 3 Schuhmacherinnen, 2 Zimmererinnen, 9 Malerinnen, 25 Postkammerarbeiterinnen, 150 Hilfsarbeiterinnen, 25 Kaufmännikerinnen Art.

Angesiedert sind dem Arbeitsamt: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweise für Kriegs